



medico international



„Ich bin zu denen gegangen, die alles aufgegeben haben, nur um nach Europa zu gelangen: zu den Flüchtlingen an den Toren der europäischen Union. Ich möchte von dieser Reise erzählen und auch von den Büchern, die ich im Gepäck hatte.“

Navid Kermani in: Hotel Savoy in Tanger.  
Mehr auf Seite 7.

## Impressum

Herausgeber:  
medico international  
Burgstraße 106  
D-60389 Frankfurt am Main  
Tel. (069) 944 38-0  
Fax (069) 436002  
E-Mail: [info@medico.de](mailto:info@medico.de)  
Internet: [www.medico.de](http://www.medico.de)

Redaktion:  
Katja Maurer (verantwortl.),  
Thomas Gebauer,  
Martin Glasenapp

Lektorat:  
Reinhard Arendt

Gestaltung:  
Andrea Schuldt

Spendenkonto:  
1800 Frankfurter Sparkasse  
BLZ 500 502 01



ISSN 0949-0876

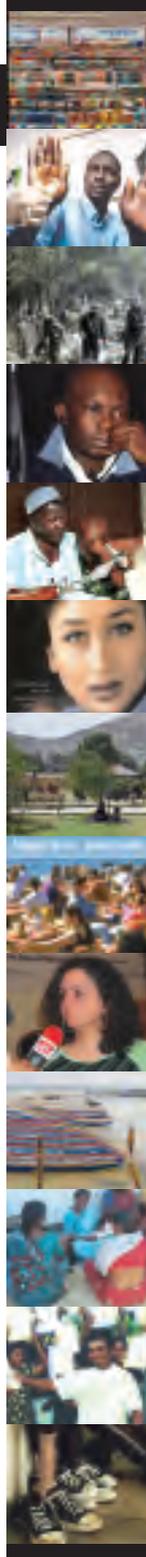
Bildnachweise:  
Titelbild: Jeff Wall, „Overpass“  
(Übergang), 2001, 214,2 x  
273,3 cm. Aus: „Jeff Wall,  
Photographs“, Hasselblad  
Center/Verlag Steidl 2002.

## Inhalt

- 3 Editorial
- 4 Kommentar  
Die Gestaltung des Sozialen
- 7 Navid Kermani  
Hotel Savoy in Tanger
- 13 John Caulker  
Warum also bleiben?
- 14 Sierra Leone  
Eine Versammlung der Unerschrockenen
- 17 Afghanistan  
Romeo und Julia in Kabul
- 22 Israel/Palästina  
Das doppelte Gesicht der Modernität
- 24 Israel  
Gleichberechtigung ist keine „Maximalforderung“
- 26 Indien  
Der freie Markt der Mildtätigkeit
- 29 Nicaragua  
Göttliche Vorsehung statt Katastrophenschutz
- 31 Guatemala  
Nach dem Hurrikan
- 32 Ralf Syring  
Der Preis des Lebens
- 36 medico aktiv
- 38 Hinweise
- 38 medico Materialien

Seite 5: Die Grafik „Die Ausbreitung von Krankheitserregern durch das interkontinentale Flugnetz“ ist zu sehen in der Ausstellung „Evolution – Wege des Lebens“, Hygiene-Museum Dresden (24.9.2005 – 23.7.2006).

Seiten 20/21: Thomas Struth, „Louvre 4“, Paris 1989. Aus: „Thomas Struth - Museum Photographs“, Verlag Schirmer/Mosel, 2005.



# Vorstadtverwüstungen

Die Angst grassiert vor dem Aufstand in der städtischen Peripherie. „Kann das bei uns auch passieren?“, fragen deutsche Journalisten in einer Tonlage des Befremdens. Vormalig aufgeklärte Blätter sehen den Kampf der Kulturen in den Banlieues von Paris entbrennen. Und französische Modephilosophen wie Bernard-Henri Lévy sprechen von der „schwarzen Energie des reinen Hasses“. Leute wie Lévy, die sich einst als Vordenker der 1968er-Bewegung verstanden, sind nur wenige Denkschritte davon entfernt, nur noch auf „Polizeimaßnahmen zum Schutz von Gütern und Personen“ zu setzen. Das genau tat Innenminister Sarkozy und verhängte den Ausnahmezustand gegen die Marginalisierten, die die Ruhe einer egoistischen und blinden Gesellschaft stören. Wem es nicht gelingt dazuzugehören, ist fallweise wegzusperren? In den Vorstädten dürfen Jugendliche abends nicht mehr auf die Straße und man kann auch „potentielle Täter“ zu Hause festnehmen. Nur dass der Bürger seine Ruhe hat. „Der Ausnahmezustand“, schreibt der italienische Philosoph Giorgio Agamben, „tendiert immer mehr dazu, sich als Paradigma des Regierens darzustellen, das über der gegenwärtigen Politik steht.“ Die Selbstabschaffung der Demokratie im Zeichen der bürgerlichen Sicherheit? Nicht erst die Ereignisse in Paris sollten zu denken geben darüber, dass der strukturelle und bewusst in Kauf genommene Ausschluss von immer mehr Menschen perspektivisch eine demokratische Gesellschaft verunmöglicht. Es sei eine Zeit der „freiwilligen Unmündigkeit“, schreibt der Schriftsteller Camille de Toledo, einer der wenigen Intellektuellen Frankreichs, der sich mit den Demonstrierenden solidarisierte. Statt die „Misérables“, die Elenden zu unterstützen, habe sich die Linke elend verhalten. „Der Wunsch nach Ordnung entflammt alle, linke wie rechte, junge wie alte.“

Der Kampf der Unterprivilegierten in den Vorstädten ist nicht so ziellos, wie behauptet. Es geht um Inklusion und Teilhabe, um einen Protest von Franzosen, unter ihnen auch „papierlose“ Jugendliche, die die Ideale, die sie in der Schule

lernten, auch leben möchten: Gleichheit und Brüderlichkeit. Bis jetzt aber sind sie Bürger 2. Klasse ohne Schulabschluss. Die Beschäftigung mit den Vorgängen in Frankreich erinnerte mich an ein Gespräch mit unserer Projektpartnerin Aida Touma-Suliman in Israel. Ich fragte sie, ob denn die Fertigstellung der Mauer und Grenzzäune zur Westbank einen Aufstand der israelischen Palästinenser herbeiführen könne. Zu meiner Verblüffung sagte sie ohne zu zögern: „Nein“. Sehr wohl aber könne eine Entscheidung wie die der israelischen Justizbehörden so etwas auslösen. Die habe nämlich gerade das Verfahren zur Ermordung von 13 israelischen Palästinensern eingestellt, die sich bei einer Demonstration 2003 mit der Intifada in der Westbank solidarisierten. Die Verantwortlichen, so die Begründung, seien nicht zu ermitteln. „Wer sind wir? Dreck? Bürger zweiter Klasse?“ – das ist die empörte Reaktion. Auch hier ging vermeintliche Sicherheit vor Recht.

Dieses Heft beschreibt einige Sollbruchstellen der Exklusion, die in Paris zum Aufstand führte. Das ist schon gute Tradition der medico-Rundschreiben. Wir planten das Rundschreiben, da war von den Vorgängen in Frankreich nicht die Rede. Sie aber definieren Europa von seinen Rändern her ebenso wie der Essay von Navid Kermani, der das verzweifelte Anrennen der Flüchtlinge gegen die europäischen Grenzen aus nächster Nähe beobachtete. Wir haben diesem aufwühlenden Text, den uns der Schriftsteller freundlicherweise zur Verfügung stellte, Reportagen und Berichte über die Arbeit unserer Partner zur Seite gestellt. Sie beschreiben Versuchsanordnungen, neben der Hilfe zum Überleben Räume für politische Artikulation gegen die Ausgrenzung zu schaffen. Es sind keine harmonischen Weihnachtsgeschichten. Sondern Berichte über Konfrontationen mit der hergebrachten Ordnung. Vielleicht gerade die richtige Ruhestörung.

Herzlichst Ihre  
Katja Maurer



# Die Gestaltung des Sozialen

## Über Selbstmordattentate, lebensbedrohende Schutzwälle und den Aufbau einer sozialen Infrastruktur

Thomas Gebauer

Praia Do Forte, Eco Resort & Thalasso SPA, Atividades  
Saturday, 13.8.2005 – Sports and Leisure Program Children's Club (8 to 12 years old):  
04:00 pm War, 08:30 pm Suicide Bomber, 09:00 pm Delta Command

Krieg, Selbstmordattentäter, Schnelle Eingreiftruppe – Das Animationsprogramm für die Kinder der reichen und superreichen brasilianischen Familien im luxuriösen Tourismusressort Praia do Forte nahe Salvador de Baía ist ebenso bemerkenswert wie aufschlussreich. Schon immer spiegelten sich im Spiel von Kindern neben moralischen Überzeugungen auch die besonderen Konflikte, die Gesellschaften prägen. Ging es im „Cowboy-und-Indianer-Spiel“ des letzten Jahrhunderts noch um das testende Changieren zwischen Gut und Böse im Kontext von voranschreitender Kolonisierung und romantischer Naturverbundenheit, ist von Ambivalenz und prüfender Suche im professionell animierten Spiel der Gegenwart nicht mehr viel zu spüren. Die Fronten scheinen klar. Auf der einen Seite die Privilegierten, die es sich leisten können, Tourist zu sein; auf der anderen die Vagabunden, die auf heimtückische Weise die Privilegien der anderen angreifen. Es herrscht Krieg, und da sind weder Nuancen noch Empathie gefragt. Das ist die Botschaft an die Kinder. Sie sollen lernen, im Gegenüber immer auch den potentiellen Terroristen zu sehen.

Die soziale Ungleichheit, die in Brasilien herrscht, ist alarmierend. Über 30.000 Menschen verlieren dort jedes Jahr bei Gewaltdelikten ihr Leben. Und obwohl die Gewalt vor allem die Mittellosen trifft, sind es die Wohlhabenden, die ideologisch und sicherheitstechnisch aufrüsten. Das gilt übrigens auch für Deutschland. Erst kürzlich konnte man bei Tchibo Nachtsichtgeräte erwerben: Restlichtverstärker zur Aufhellung der Umgebung, die selbst bei völliger Dunkelheit noch Sicht ermöglichen. Ein Hauch von Grenzsicherung, wie sie Europa derzeit entlang der Mittelmeerküste aufbaut, nun auch zu Hause? Der heimische Vorgarten, künftig eingetaucht in das fahle Grün der Bilder, die uns aus den Bagdader Bombennächten so merkwürdig vertraut sind? Die 99 Euro jedenfalls schienen vielen gut angelegt.

Realitätsverlust Die Anzeichen für den Zerfall der Gesellschaftlichkeit sind unübersehbar. Die zutiefst reaktionäre Demontage sozialstaatlicher Integrationsbemühungen hat das Zusammenleben gründlich verändert und das Soziale auf kaum noch erträgliche Weise unter Druck gesetzt. Überall, auch in den prosperierenden Gebieten der Welt, wächst das Gefühl von privater und sozialer Unsicherheit. Die klassischen Normalarbeitsverhältnisse erweisen sich als zunehmend brüchiger, familiäre und nachbarschaftliche Strukturen verlieren ihre Bedeutung und die öffentlichen Einrichtungen, die für Vorsorge und soziale Sicherung zu sorgen hätten, sind inzwischen hoffnungslos überfordert.

Den deutschen Wirtschaftsweisen aber scheint das alles noch nicht weit genug zu gehen. Mit besorgniserregendem Realitätsverlust forderten sie in ihrem Herbstgutachten weitere Einschnitte. Zwar sei Deutschland Exportweltmeister, doch müssten die Lohnkosten erneut gesenkt, der Wohlfahrtsstaat noch weiter abgerissen werden, um das Land endlich auf den globalen Märkten konkurrenzfähig zu machen. Solche Absurditäten bleiben nicht folgenlos. Deutsche Firmen schwimmen im Geld, titelten



Die Ausbreitung von Krankheitserregern durch das interkontinentale Flugnetz. Hell ist es dort, wo die gleißenden Warenströme der Weltökonomie zusammentreffen: in den neuen und alten Global Cities des Neoliberalismus.

Grafik: Max-Planck-Institut für Dynamik und Selbstorganisation, Göttingen.

die Zeitungen im Herbst und verwiesen zugleich auf das zentrale Problem der Wirtschaft, die schwache Binnennachfrage, das niedrige Lohnniveau, die soziale Unsicherheit.

Der Reichtum der einen schafft die Armut der anderen. Das ist die einfache Lehre, die aus der globalen Entfesselung des Kapitalismus zu ziehen ist. Dem politischen Personal aber, das eigentlich für Ausgleich zu sorgen hätte, fällt kaum mehr ein, als weitere Sparpakete zu verabschieden, Ressentiments zu schüren und dabei die Arbeits- und Mittellosen als „Parasiten“ zu denunzieren. Offenkundig leidet der Sozialstaat nicht alleine an finanzieller Austrocknung, sondern auch an der gedanklichen Armut seiner politischen Träger. Statt darüber nachzudenken, wie vor dem Hintergrund des erreichten gesellschaftlichen Reichtums dem Sozialen ein neues Gerüst zu geben wäre, kreist die Debatte um ein schlichtes Pro und Contra. Die einen verachten den Wohlfahrtsstaat und gefallen sich in der gebetsmühlenhaften Wiederholung der Behauptung, das Private sei dem staatlichen Engagement überlegen. Die anderen setzen auf die Verteidigung des Wohlfahrtsstaates und messen seine Leistungsfähigkeit allein an der Höhe finanzieller Transferleistungen an Bedürftige. Angesichts wachsender Armut und sozialer Unsicherheit ist das Bemühen um die Verteidigung staatlicher Fürsorge zwar verständlich, ein tragfähiges Konzept für die Zukunft des Sozialen aber schafft es noch nicht. Tatsächlich wären strukturelle Veränderungen vonnöten und müsste das Soziale gänzlich neu gedacht werden, wie es kritische Sozialwissenschaftler tun, aber auch katholische Bischöfe.

**Soziale Infrastruktur** Der Hauptgrund für das Versagen der bestehenden sozialen Sicherungssysteme liegt in ihrer Koppelung an die Lohnarbeit. Wer in einem geregelten Arbeitsverhältnis steht, leistet Sozialversicherungsbeiträge, wer aus solchen Arbeitsverhältnissen herausfällt, kann staatliche Beihilfen beantragen. Nicht erst seit Hartz IV ist die disziplinierende und repressive Absicht solcher Beihilfen klar; sie haben auch schon früher, zu Zeiten von wirtschaftlicher Prosperität, den Charakter bevormundender Armenfürsorge gehabt.

Solche Sozialpolitik gilt es zu überwinden. Sie verträgt sich weder mit den international ratifizierten Menschenrechtspakten noch mit der Art, wie sich die Arbeitsverhältnisse inzwischen entwickelt haben. Das Völkerrecht lässt keinen Zweifel an der Rechtsförmigkeit des Sozialen. „Jeder Mensch hat als Mitglied der Gesellschaft Recht auf soziale Sicherheit; er hat Anspruch darauf, durch innerstaatliche Maßnahmen und internationale Zusammenarbeit unter Berücksichtigung der Organisation und der Hilfsmittel jedes Staates in den Genuss der für seine Würde und die freie Entfaltung seiner Persön-



Die demokratische Sicht auf das scheinbar für alle bestehende Angebot: Andreas Gurskys „99 Cent II, Diptychon“ (2001).

lichkeit unentbehrlichen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte zu gelangen“, heißt es in Artikel 22 der „Allgemeinen Deklaration der Menschenrechte“. Soziale Sicherheit ist nicht Ausdruck paternalistischer oder barmherziger Fürsorge, sondern ein Rechtsanspruch, für den staatliche Institutionen zu garantieren haben.

Und zwar unabhängig von traditioneller Erwerbsarbeit. Die gesellschaftlich notwendige Arbeit erschöpft sich eben nicht in Lohnarbeit. Zu einer würdevollen Existenz und der freien Entfaltung der Persönlichkeit zählen auch Arbeiten, die wie die Hausarbeit, wie Pflege, die Erziehung von Kindern, die Arbeit in Bürgerinitiativen und kulturellen Projekten, die Nachbarschaftshilfe, ja selbst die Eigenarbeit von Heimwerkern in immer größerem Ausmaße außerhalb traditioneller Lohnarbeitskarrieren stattfinden. Zu deren Sicherung bedarf es einer Sozialpolitik, die nicht primär auf den einzelnen ausgerichtet ist, sondern soziale Sicherung als gesellschaftliche Aufgabe begreift. Auch wenn es utopisch anmutet, ist die Idee einer sozialen Infrastruktur, die allen Menschen unentgeltlich zur Verfügung steht und den Zugang zu Bildung, Gesundheit, Wohnen, Verkehr und den anderen öffentlichen Gütern („public goods“) sichert, die einzig realistische.

Gesundheitswissen - ein öffentliches Gut  
Zu finanzieren ist eine solche soziale Infrastruktur, genauso wie die herkömmliche, z.B. das Verkehrsnetz, nur über Steuern. Aller neoliberaler Staatsverachtung zum Trotz, bleibt das Soziale also staatsbedürftig. Deutlich wird das nicht zuletzt am Beispiel der Sicherstellung des Zugangs zu überlebenswichtigen Arzneimitteln.

Das Skandalöse an den heute drohenden Pandemien ist nicht alleine das womöglich millionenfache Leid, sondern auch, dass es keine vorsorgliche Produktion von Impfstoffen gibt, mit denen solchen Seuchen begegnet werden könnte. Der Grund ist einfach und vielsagend: Da noch unklar ist, ob die Vogelgrippe tatsächlich auf den Menschen überspringt, ist auch noch unklar, ob mit solchen Impfstoffen ein Geschäft zu machen ist. Die pharmazeutische Industrie wartet ab. Ähnliches gilt für neue Antibiotika, die aufgrund der voranschreitenden Resistenzentwicklung dringend vonnöten wären. Auch deren Entwicklung stockt, weil sie keine Rendite verspricht. Wenn das Ziel ein menschengerechtes gesellschaftliches Leben für alle sein soll, dann ist unbedingt die Abkehr von einer alleine über den Markt geregelten Gesundheitsversorgung notwendig. Statt die öffentlichen Güter weiter zu privatisieren und dabei zu bloßen Handelswaren zu degradieren, gilt es, das Soziale über seine Verteidigung hinaus neu zu justieren. Es kann nicht hingenommen werden, dass der Zugang zu überlebenswichtigen Medikamenten nur deshalb blockiert ist, weil deren Entwicklung durch fragwürdige Patente, die sich wie Schutzwälle um existierende Marktanteile legen, verhindert wird.

„10:00 pm - Meet the parents“, heißt es im Animationsprogramm im brasilianischen Tourismusressort, den martialischen Tag abschließend. Die prekäre Lage des Sozialen in der Gegenwart verdeutlicht nur, wie notwendig seine politische und rechtliche Gestaltung ist. Die Alternative wäre zunehmende Repression und an deren Ende totalitäre Verhältnisse.

# Hotel Savoy in Tanger

Was Europa wert ist, zeigt sich da, wo es aufhört: in Marokko

Von Navid Kermani

Der deutsch-iranische Schriftsteller Navid Kermani wurde gebeten, anlässlich des 50. Jahrestages der Wiedereröffnung des Wiener Burgtheaters am 14. Oktober dieses Jahres die Festrede zu halten. Das Thema war: Europa. Um darüber zu sprechen, reiste der Schriftsteller dorthin, wo Europa beginnt: Nach Tanger und in die spanische Enklave Ceuta, an jene schmale Stelle im Mittelmeer, die im Jahre 711 nach Christi Muslime unter Führung von Tarik Ibn Ziyad auf Schiffen in Richtung Spanien überquerten und die seither Meerenge von Gibraltar (nach „Dschebel al Tarik“) genannt wird. Für seine Recherchen am Schengen-Rand konnte Navid Kermani auch die Kontakte des europaweiten antirassistischen Frassanito-Netzwerks nutzen. medico freundschaftlich verbunden, setzen sich dessen Aktivistinnen nicht nur in Tanger, Ceuta und Tarifa (Spanien) für die Rechte der Flüchtlinge ein.

13 Kilometer Wasserweg, links europäisches Spanien, rechts afrikanisches Marokko: Die Meerenge mit den Augen des Westens. Fotomontage: Landsat/NASA, 6. Juli, 2000.

Heinrich Mann hat einmal behauptet, dass das Gemeinschaftsgefühl der Europäer eine Erfindung der Dichter sei. Damit mag er übertrieben haben, und dennoch ist auffällig, wie entschieden sich während der vergangenen zweihundert Jahre gerade die Literaten für Europa ausgesprochen haben. Den Politikern waren sie Jahrzehnte voraus. Als Victor Hugo 1851 vor der französischen Nationalversammlung für eine Union der demokratisch verfassten europäischen Länder warb, fand sich nicht ein einziger Abgeordneter, der ihn ernst genommen hätte. Hugos Rede ging im Protest und Hohngelächter seiner Kollegen unter.

Noch 1932 schrieb Zweig, dass Europa „endlich wieder einen der Höhepunkte europäischer Humanität“ erreicht habe. Zweig übersah die Stärke der nationalistischen Gegenkräfte keineswegs, „die Macht der kleinen, kurzdenkenden Interessen, die den großen notwendigen Ideen entgegenwirken“, wie er es nannte. Niemals sei „die Absonderung von Staat zu Staat in Europa größer, vehementier, bewusster, organisierter als heute.“

Zweig machte sich keine Illusionen über das Kräfteverhältnis zwischen nationalen Partikularinteressen und der übernationalen europäischen Idee. Sein Glaube an Europa erwuchs nicht aus der Analyse der politischen Gegenwart, sondern aus der Verzweiflung über sie. Sein Plädoyer für Europa war 1932 nicht realistisch, sondern messianisch. Zweig glaubte, wie er selbst schrieb, „an Europa wie an ein Evangelium“. Eine wahrhafte Überzeugung aber bedürfe nicht der Bestätigung durch die Wirklichkeit, um sich richtig und wahr zu wissen. „Und so kann es auch heute schon niemandem verwehrt sein, sich selbst einen Heimatbrief als Europäer zu schreiben, sich Bürger dieses noch nicht vorhandenen Staates Europa zu nennen und, trotz den heute noch bestehenden Grenzen, unsere vielfältige Welt von innen her brüderlich als eine Einheit zu empfinden.“



Vor allem im Sommer spült der Südwest-Passat immer wieder Tote an Spaniens Küste - Menschen, die auf dem Weg nach Europa an den Haien scheiterten. „Wir haben keine Garnelen, sondern Leichen in den Netzen“, berichten die Fischer.  
Foto: www.carta.org



Tangers von Menschen bewohnt, die jubeln würden über ein westliches Leben ohne Inhalt – wenn es nur ein Leben wäre. Sie hungern

in den Teehäusern herum, in ihren Zimmern, am Hafen – und warten. Vor dem Hotel Sevilla kam ich mit sechs Gästen ins Gespräch, kaum zwanzig Jahre alt der jüngste, vielleicht vierzig der älteste. Was sie in Europa wollen, fragte ich in die Runde. Arbeit, natürlich, ein normales Leben, mehr nicht. Dass man ein bisschen Sicherheit hat, nicht jeden Tag von neuem kämpfen muss ums Überleben, eine Chance bekommt, eine Familie zu gründen oder die Freundin wenigstens mal ausführen könne. Auto und Urlaub gehören nicht zu dem normalen Leben, von dem sie träumen; wichtiger ist ihnen, dass das Geld reichen wird, um der Familie von Zeit zu Zeit etwas zu überweisen. Demokratie? Sie kichern. Au Mann, ja, das wäre eine super Sache, und sie schauen mich an, als hätte ich Sie nach einer Reise auf den Mars gefragt. Vorerst wären sie schon mit einer Krankenversicherung zufrieden. Um Geld zu verdienen, würden sie alles tun, rufen sie und werden zum ersten Mal etwas lauter, alles, Müllabfuhr, putzen, ernten, Hauptsache weg von hier, weg von dem Friedhof, in dem sie lebendig verrotten, wie einer von den Männern sagt.

Ob einer von ihnen bereits versucht habe, mit dem Boot nach Europa zu kommen, frage ich. Zweimal war ich schon drüben, sagt der erste und schaut in die Runde. Dreimal, sagt der nächste, einmal, viermal, und so weiter. Irgendwo setzen sie nachts über, werden von der spanischen Polizei auf hoher See oder am Strand geschnappt und nach Marokko zurückgebracht.

Viele werden sich an die Bilder der maroden Flüchtlingsfrachter erinnern, an die 911 Passagiere, die am 17. Februar 2001 am südfranzösischen Strand Boulouris gelandet sind, oder das Totenschiff, das im Oktober 2003 von den italienischen Behörden an die Küste Lampedusas gezogen wurde: Alle Passagiere waren verdurstet. Kaum bekannt ist, dass inzwischen über achtzig Prozent der Flüchtlinge mit kleinen Schlauchbooten nach Europa übersetzen. Wenn ihre Leichen an die europäischen Küsten gespült werden, ist das höchstens eine Meldung für die Lokalpresse des Küstenorts. Geht man davon aus, dass nur jede dritte Leiche gefunden und registriert wird, sind allein im Umkreis der Meerenge von Gibraltar in den letzten fünfzehn Jahren dreizehn- bis fünfzehntausend Flüchtlinge gestorben. Die Meerenge ist damit das größte Massengrab Europas.

Die Marokkaner kennen die Gefahren der Überfahrt genau, schließlich haben sie bereits auf den Booten gesessen. Und wenn sie umkommen? „Dann ist es eben so“, sagt einer. „Wir sind keine Selbstmörder“, ergänzt der zweite. „Es gibt Leute, die setzen im Herbst oder im Winter über. Das ist Selbstmord. Wir versuchen, die Dinge realistisch zu sehen. Wir kennen das Risiko genau. Wenn wir ins Boot steigen, muss die Chance, dass wir durchkommen, groß genug sein im Verhältnis zu dem

Risiko.“ „Aber den Tod kalkuliert ihr schon ein?“ fragte ich. „Gut, wir kalkulieren den Tod mit ein, aber der ist auch nicht schlimmer als das Leben hier.“ Die übrigen Männer nicken. Wir schweigen eine Weile. Als sie sich wieder zu mir umdrehen, sagt einer der Männer grinsend: „Das sind eben amalyyyät istischhâdiya, was wir tun, Selbstmordattentate. Die Europäer denken doch, dass alle Araber Selbstmordattentäter sind. Ja, sie haben recht, wir sind alle hier Selbstmordattentäter. Das Paradies, für das wir unser Leben lassen, heißt Schengen.“

Vor einigen Jahren ergab eine Umfrage unter marokkanischen Oberschülern, dass achtzig Prozent der Jugendlichen nach Europa auswandern möchten. Achtzig Prozent. Überall wird gefragt: Warum hassen sie uns? Ich glaube, jeder, der einmal ein arabisches Land besucht hat, kann darüber nur lächeln. Achtzig Prozent der marokkanischen Jugendlichen wollen nach Europa. Für eine Kultur, die mit dem Westen im Krieg sein soll, sind achtzig Prozent ein bisschen viel. Falls sie Europa hassen sollten, dann nicht wegen seiner Werte und Errungenschaften, wegen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, sondern weil dieses Europa sie einfach nicht haben will. Es lässt diese jungen Menschen lieber jede Sommernacht im Mittelmeer ersaufen, als ihnen Zutritt zu gewähren zum Paradies, das Schengen heißt.

Warten auf Godot In meinem Hotel, das über dem Hafen lag, hörte ich jede Nacht die Hunde der marokkanischen Grenzpolizei, die den Kindern auflauerten. Jeden Tag spielen sich an Europas Grenzen und den gegenüberliegenden Küsten die gleichen dramatischen Szenen ab wie vor sechzig Jahren: klapprige Boote, die an einer abgelegenen Stelle ins Meer stechen, beladen mit jungen Männern, Familien, schwangeren Frauen, Kindern. Boote, die kentern, Flüchtlinge, die auf hoher See treiben, bis sie verdursten oder erfrieren. Wir kennen all das. Die europäische Literatur hat solche Szenen vielfach beschrieben. Fast alle Motive in Josef Roths „Hotel Savoy“ finden sich heute in den Pensionen von Tanger wieder, die Suche nach Gelegenheitsjobs, das Warten auf einen Transfer, die Hoffnung auf Ausweispapiere, die Scham zu verelenden, das Verpfänden noch der letzten Habseligkeiten, die Versuchung, seine Seele oder seinen Körper zu verkaufen, der Tod im Hotelbett, weil die Medikamente unbezahlbar waren.

Ich weiß schon, man wird sagen, man dürfe nicht vergleichen. Ich vergleiche nicht die Ursachen. Ich vergleiche die Folgen. Ein Flüchtling, der ertrinkt, ist ein Flüchtling, der ertrinkt. Er muss nicht wegen seiner Rasse oder seiner politischen Gesinnung wegen verfolgt worden sein, um Gründe genug gehabt

zu haben, sein Leben zu riskieren, nur um nach Europa zu entkommen. Wer hungrig ist und ein Stück Brot will, ist kein Schmarotzer und schon gar nicht kriminell. Er klagt sein Menschenrecht auf Leben ein. Er gibt dem einfachsten, unmittelbarsten Impuls eines jeden Menschen nach. Wir verhindern jeden Tag, dass Menschen überleben.

Bis in diese Tage versuchen Hunderte Schwarzafrikaner mit selbstgebaute Leitern die Grenzabsperren der spanischen Enklave Ceuta in Marokko zu überwinden. Ein paar



Auf europäischen Wunsch: Marokkanische Sicherheitskräfte zerstören die migrantischen Wohnlager in den Wäldern rund um Ceuta.  
Foto: IndyEstrecho-Malaga

Wer die Barrikade überwindet,  
ist auf immer gezeichnet.  
Rasierklingscharfer Nato-  
Stacheldraht befestigt die spanischen  
Enklaven Ceuta und Melilla, die letzten  
europäischen Kolonien in Afrika.  
Foto: IndyEstrecho-Malaga



Flüchtlinge hatten es geschafft, dutzende Flüchtlinge blieben schwer verletzt auf der einen oder anderen Seite der Grenze liegen. Ich erreichte Ceuta nach dem ersten Sturm und sah ein paar hundert Meter vor dem Grenzzaun am Wegrand marokkanische Soldaten und zwischen ihnen eine Gruppe von vielleicht 20, 25 Schwarzafrikanern, die dicht zusammengedrängt auf dem Boden saßen. Sie froren. Es war dichter Nebel, und die meisten trugen nicht mehr als eine kurze Hose und ein T-Shirt. Jeder der Anwesenden weiß, was nun geschieht. Die Schwarzen werden für ein paar Tage interniert und dann an der Grenze zu Algerien ausgesetzt, mitten in der Wüste. Die Schwarzen wissen es, die Soldaten wissen es, sogar der Taxifahrer, mit dem ich auf der Weiterfahrt über die „armen Hunde“ spreche, weiß es. Selbst wenn Europa auf sie schießt: Sie werden wiederkommen.

Die Grenzanlagen um Ceuta erinnern jetzt schon an die frühere innerdeutsche Grenze: zwei Stacheldrahtzäune, drei und sechs Meter hoch, dazwischen eine Straße, auf der die Jeeps der Guardia Civil patrouillieren, Wachtürme natürlich, Videokameras, Nachtsichtgeräte. Die Schwarzen wissen genau, dass sie nicht unbemerkt über die Grenzen kommen. Sie versuchen, die Grenzzäune mit soviel Menschen gleichzeitig zu stürmen, dass sie jede Grenzpolizei überfordern. Wenn 500 Leute mit selbstgebaute Leitern auf den Grenzzaun losstürmen, kommen 50 durch – das ist das Kalkül. Ein paar sterben jedes Mal, bei jedem dieser Überfälle, die übrigen werden in die Wüste zwischen Marokko und Algerien deportiert, um noch auf dem Absatz umzukehren und wieder die Tore Europas einzurennen. Wer das Blut an den Stacheldrahtzäunen gesehen hat, wird lebenslang zusammensucken, wenn er das Wort „Wirtschaftsasy!“ hört.

In Tanger habe ich mit vielen Schwarzen gesprochen. Man trifft sie nicht mehr in den Hotels und kaum noch in den Gassen. Seit die Europäische Union die Zusammenarbeit mit Marokko intensiviert hat, geht die marokkanische Polizei gegen die illegalen Einwanderer vor. Wer ohne Papiere aufgegriffen wird, wird in die Wüste deportiert. Immerhin konnte Europa durchsetzen, dass die Pensionen in Tanger so gut wie keine Schwarzafrikaner mehr aufnehmen. Sie leben jetzt vor allem in Lagern außerhalb der Stadt und vor den spanischen Enklaven, im Wald, ohne jede Versorgung, ohne sanitäre Einrichtungen, unter Zelten aus Plastikfolie oder unter freiem Himmel. Viele andere Schwarze sind in den Vorstädten oder in der Altstadt von Tanger untergetaucht, in Zimmern, in denen sie zu viert, zu acht, zu zwanzig hocken, ohne Strom und mit Löchern statt Toiletten. Ich saß bei Osman, Stephen, Osahan und Caesar. Osman zeigte mir das Heft, in dem er die Stationen seiner Odyssee aufgeschrieben hatte, vor allem die Wochen in der Wüste, nachdem die Marokkaner ihn deportiert hatten. Jeder von ihnen war mindestens einmal in die Wüste deportiert worden. Es klang fast so, als gehöre es nun einmal zu ihrem Beruf, von Zeit zu Zeit auf einem LKW in die Wüste gefahren und mitten im Nirgendwo von der Ladefläche getrieben zu werden.



Die Geburt nach erfolgreicher Flucht: Maria, Josef und das Jesuskind. Man stelle sich nur vor, ein arabisches Ehepaar, die Frau hochschwanger, käme an Europas heutige Grenzen und gäbe als Fluchtursache einen schlimmen Traum an.

Foto: Weihnachtspostkarte aus der spanischen Kolonie Sidi Ifni (Marokko), 1960.

Die meisten lebten schon zwei, drei Jahre in Marokko. Früher, in den Pensionen, sei es erträglicher gewesen, sagen sie. Jetzt warten sie tagaus, tagein auf ihren Decken, hören afrikanische Musik aus einem Kassettenrekorder, wenn sie Batterien haben, und schauen ins Dunkel. Ab und zu zünden sie eine Kerze an. Keiner der europäischen Touristen, die jeden Tag an dem Haus vorbeikommen, dürfte ahnen, dass hinter der Lehmmauer im ersten Stock Beckett gespielt wird, allerdings als Aufführung ohne Pause, ohne Ende und ohne Licht: „Warten auf Godot“. Niemand dürfte geahnt haben: Godot, das sind wir selbst.

Eine Idee verteidigen Ein früherer Innenminister Hollands sprach angesichts von Pfarrern, die Flüchtlingen Kirchenasyl gewähren, wörtlich von einem „Exzess der Nächstenliebe“. Wir haben vergessen, dass Vertreibung und Flucht zu den identitätsstiftenden Motiven von Judentum, Christentum und Islam gehören. Die islamische Zeitrechnung beginnt mit der Flucht Mohammeds aus Mekka. Nach der Scharia, der religiösen

Ordnung des frühen Islams, ist das Asyl eine feste Institution. Die islamischen Rechtsgelehrten legten bereits im 8., 9. Jahrhundert den Mindeststandard genau fest, mit dem jedem Menschen, der mittellos in eine Stadt kommt, Aufnahme gewährt werden muss. Auch in der Bibel wird von Anfang an geflüchtet. Adam und Eva fliehen aus dem Paradies. Kain flüchtet vor der Rache, Abraham und Sara flüchten vor dem Hunger nach Ägypten. Abrahams Zweitfrau Hagar flüchtet, weil sie diskriminiert wird, in die Wüste. Jakob flüchtet aus Ägypten aus Angst vor seinen Brüdern. Moses ist ein politischer Flüchtling, David ebenso. Auch Elia flieht. Josef und Maria fliehen mit dem Jesuskind, um es vor dem Tod zu bewahren. Man stelle sich vor, sie würden heute einem europäischen Grenzpolizisten erzählen, dass sie durch einen Traum vor einem drohenden Blutbad gewarnt worden seien. Europas Innenminister könnten beruhigt sein. Kein Grenzpolizist würde es wagen, sich eines „Exzesses der Nächstenliebe“ verdächtig zu machen. Er wäre sofort seinen Job los.

Europa ist ein wunderbares Land – für Europäer. Erst wenn Europa menschlich ist zu denen, die nicht zu Europa gehören, ist es „das übernationale Reich des Humanismus“, an das Stefan Zweig glaubte wie an ein Evangelium. Die europäische Idee einer säkularen, transnationalen, multireligiösen und multiethnischen Willensgemeinschaft lässt sich nicht relativieren und kennt keine festgefügt geographischen Grenzen. Sie kann nicht einfach in Tarifa oder Ceuta, an den Grenzen Polens oder Bulgariens aufhören. Diese Idee zu verteidigen heißt, sich für die Ausbreitung Europas einzusetzen, nicht für dessen Grenzen und Mauern.

Stark gekürzte Fassung.

Der vollständige Text erscheint im Dezember als Buch im Ammann Verlag, Zürich.

# Warum also bleiben?

John Caulker über das Leben im Nichts



Der medico-Partner John Caulker auf dem Bochumer Kongress gegen die Straflosigkeit, Oktober 2005.  
Foto: Bettina Vitt



Plakatierte Zukunft. Regierungswerbung in Freetown.  
Foto: medico

„Etwas besseres als den Tod finden wir überall“, sagten sich einstmals die musizierenden Protagonisten einer bekannten Märchenerzählung, und entflohen ihrer unwirtlichen norddeutschen Heimatstadt. Heute verlassen die Menschen den Sahel und die zentralafrikanischen Staaten und ihr Ziel heißt: nach Norden. Die Europäer versuchen, diesen Vormarsch der Weltüberflüssigen mit Spähschiffen, Maschinengewehren und stacheldrahtbewehrten Zäunen zu stoppen. John Caulker ist Koordinator der Truth- and Reconciliation Working-Group in Sierra Leone. Am Rande eines Besuchs in der Frankfurter medico-Zentrale sprach er angesichts der erschütternden Bilder aus Ceuta über die Gründe, warum sich die Menschen aus diesem Teil Afrikas auf die gefährliche Reise machen. MG

**Schlaglichter** Auch uns ist es ein Rätsel, wie wir überleben – manche sagen durch Magie oder durch Luft. Wir dachten, mit dem Kriegsende würde sich die Lebensqualität verbessern. Aber auch nach fünf Jahren hat sich nichts getan. Die Ökonomie geht bergab, die Inflation steigt. Da denken die Menschen: Ob ich hier lebe und bald sterbe – geh´ ich doch lieber woanders hin und sterbe dort später. Wenn alle einfach gehen könnten - mehr als 90 Prozent würden das Land verlassen. Auf unseren Märkten finden wir bereits diesen ganzen billigen Plunder von sonstwoher. Für unsere handgefertigten Kleider gibt es zuwenig Käufer. Wir brauchen eine Struktur, die unsere lokalen Produzenten schützt – die Bauern, die Tischler, die Schneider.

Steigt der Benzinpreis, verteuert sich sofort alles; der öffentliche Transport, jede Paprika, jedes noch so kleine Ding. Die Löhne dagegen stagnieren. Der monatliche Mindestlohn beträgt 40.000 Leones, das sind lächerliche 14 US-Dollar. Die Leute müssen mehr ausgeben, um zur Arbeit zu kommen, als sie bei ihrer Plackerei überhaupt verdienen. Ein simpler Malaria-Test kostet 100.000 Leones, zwei durchschnittliche Monatslöhne. Die Anwesenheit der internationalen Organisationen lässt die Prostitution ansteigen, auch die der Kinder. Holt man sie aber von der Straße, verlieren ihre Familien ein wichtiges Einkommen. Zwischen den Menschen und der Regierung findet keinerlei Dialog statt. Warum also bleiben? Viele fragen sich das mit gutem Recht.

Sierra Leone

# Eine Versammlung der Unerschrockenen

Erfolgreich auch ohne Hand und Fuß. Der mutige Kampf der Amputees and War Wounded Association um Anerkennung und Entschädigung.

Sierra Leone

**F**reetown, am 14. September. Der Minister zuckt merklich zurück. Kaum hatte er seine Ansprache beendet, ergreift der fünfzigjährige Juso Jaka selbstbewusst das Wort: „Danke für die Rede, Herr Minister, aber das wurde schon tausendmal gesagt.“ Der Justizminister F.M. Carew war zur zweiten überregionalen Versammlung der Amputees and War Wounded Association gekommen. Juso Jaka ist ihr Vorsitzender, er trägt statt seiner Hände zwei metallene Zangen. Im Bürgerkrieg beschützte er seine Tochter vor den Milizen der „Revolutionary United Front“. Das Mädchen konnte der Versklavung entkommen. Zur Strafe schlugen die Milizionäre dem Vater mit einer Machete beide Hände ab.

Der Minister kam nicht alleine. Mehrere Journalisten begleiteten ihn. Nun sitzen sie den ca. 35 gewählten Vertreterinnen und Vertretern der Amputees Association aus allen Regionen des Landes gegenüber. Der Minister versucht die

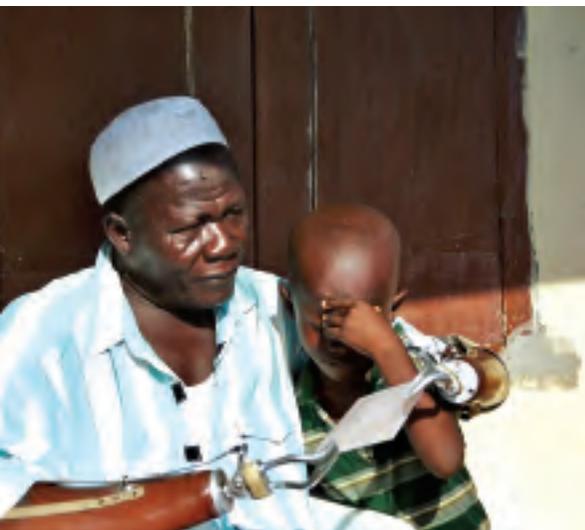
Runde zu beschwichtigen. Er verspricht kostenlose medizinische Versorgung und Transport, für die Kinder der Kriegsoffer werde der Schulbesuch garantiert. Doch die Versammelten sind misstrauisch und aufgebracht. Zwischenrufe unterbrechen die ministeriellen Versprechungen. „Ihr Angebot ist gut und schön, aber in der Provinz gibt es gar keine ärztliche Versorgung!“ Und: „Solange das Angebot nicht umgesetzt ist, schicken wir unsere Arztrechnungen direkt an den Minister.“ Gelächter. Die Anwesenden sind verärgert. Für viele kommt die Hilfe ohnehin fast schon zu spät. Mamusu Turonka aus dem Freetowner Vorort Grafton berichtet, dass viele der vergewaltigten Frauen noch immer an schweren inneren Verletzungen leiden: „Sie erbrechen Blut. Meine Nachbarin hat einfach kein Geld fürs Krankenhaus. Sie ist ein lebendes Beispiel für die verantwortungslose Regierung!“

Für die Opfer des Bürgerkriegs ist die Association ein wichtiges Forum der Artikulation und Vernetzung - und sie werden gehört. Radio France International, BBC und die UN-Agentur IRIN – sie alle, und natürlich die Zeitungen in Sierra Leone, berichten über das Treffen. „Demonstrieren wollen wir aber erst mal nicht“, sagt Edward Conteh, Amputee aus dem Vorort Waterloo, „das ist nur das letzte Mittel, Demonstrationen sind immer mit Toten und Verwundeten verbunden. Deswegen sind sie nicht gut.“

Die abgeschlagenen Hände und Füße der Amputees sind in Sierra Leone zum Sinnbild eines elfjährigen grausamen Bürgerkrieges geworden. Die verstümmelten Überlebenden verlangen



Mamusu Turonka aus Grafton, Freetown.  
Fotos: medico



Juso Jaka, Vorsitzender der Amputees and War Wounded Association.

nicht nur von ihrer Regierung eine Entschädigung. Sie richten ihre Forderungen auch an eine global operierende Edelstein-Industrie. Denn der lukrative Diamantenhandel lieferte allen Kriegsbeteiligten eine finanzielle Basis.

**Versöhnung im Minutentakt** Im August dieses Jahres ist nach zweijähriger Bearbeitungszeit endlich der Bericht der Wahrheits- und Versöhnungskommission (TRC) erschienen. Die Kommission war massiv unterfinanziert. So initiierte sie eher einen Wahrheits- als einen Versöhnungsprozess – das Geld reichte lediglich für vier Monate öffentliche Anhörungen und Versöhnungszeremonien. Bei mindestens 50.000 Toten waren das nicht ganz dreieinhalb Minuten pro Opfer, vorausgesetzt die Kommission hätte ohne Unterlass getagt. Dennoch, der TRC-Bericht bietet den Kriegsoptionen eine erste Grundlage, ihr Recht auf Entschädigung einzufordern. Nur einige von ihnen erhielten bisher von internationalen NROs eine wohlwärtige Unterstützung. Jetzt streiten sie für einen Kriegsoptionenfond, der allen Opfern des Krieges zugute kommen soll. Entschädigungen erleichtern das Leben in dem bitterarmen Land nicht nur finanziell – vor allem aber stehen sie für die öffentliche Anerkennung des Leides, das den physisch und psychisch Verwundeten angetan wurde.

„Für den gesamten Friedensprozess ist das sehr wichtig“, erläutert Edward Conteh. Dem gelernten Mechaniker wurde bei einem Überfall der Rebellen auf die Hauptstadt Freetown der Unterarm abgeschlagen – einfach so, ohne Grund. „Für mich gibt es in Sierra Leone keinen Frieden, weil die Töchter und Söhne der Opfer leiden. Ihre Gemüter sind erhitzt – sie warten auf den Moment, sich zu rächen. Ich will dem Präsidenten sagen, dass hier gerade wieder Rebellen heranwachsen.“ Heute plant Edward durchs Fotografieren ein Auskommen zu finden. Die Jugend, so erzählt er, habe heute genauso wenig Zukunft wie vor dem Krieg. Damals waren es Jugendliche, die massenhaft rekrutiert wurden. Viele hatten nichts mehr zu verlieren, erst recht dann nicht, wenn sie zuvor von Rebellenführern gezwungen wurden, ihre eigenen Eltern zu ermorden.

Hatte der Krieg zu Anfang durchaus politische Motive, – die korrupte Regierung sollte gestürzt werden –, so konnte er nur deshalb elf Jahre andauern, weil er für die Rebellen zur Überlebensstrategie wurde. Plünderungen, Überfälle, Zwangsarbeit, Brandstiftung und Diamantenhandel wurden für eine Dekade zur Finanzierungsquelle.

Seit 2001 ist das Land offiziell befriedet – auch dank eines massiven UN-Einsatzes. 17.500 Soldaten wurden in einem Land von der Größe Hessens stationiert. Vor allem Großbritannien als



„Wir schicken unsere Arztrechnungen direkt an den Minister“.

ehemalige Kolonialmacht sieht heute in Sierra Leone ein Vorzeigeprojekt des afrikanischen Wiederaufbaus. Lange stand Sierra Leone an letzter Stelle auf der Weltrangliste der 175 ärmsten Länder. Das Land konnte sich aber unlängst auf Platz 174 verbessern und auch die durchschnittliche Lebenserwartung kletterte auf 40 Jahre. Mittlerweile sind die in Freetown ansässigen UN-Dependancen und internationalen Hilfswerke für die kleine Schicht der besser ausgebildeten Sierra Leoner zum begehrtesten Arbeits-



Über 20.000 Menschen wurden durch die RUF die Hände oder Beine abgehackt. Janes Essah, Regionalsekretär der Association für den Süden Sierras Leones.

platz geworden. Die Masse der Bevölkerung verbleibt jedoch in einer von Lebensunsicherheit und Armut geprägten Gesellschaft, in der jeder kleinste Ladenbesitzer seine Lizenz nur mit Bestechung erhält und nicht erschienene Zeitungsartikel lukrativer als gedruckte sind, da sich Journalisten, etwa bei Korruptionsfällen, ihre Recherche von den Verdächtigen abkaufen lassen. Ein nachvollziehbarer Vorgang bei einem Journalistengehalt von 50 US-Dollar im Monat.

**Kleine Siege** Natürlich droht angesichts dieser Aussichten die Schneiderausbildung für Jugendliche wie Maik zur Farce zu werden. Ihm war mit 13 Jahren von Rebellen das Bein abgeschlagen worden. Nach dem Krieg ging er bei einer NRO in eine Schneiderlehre. Ob ihm die Arbeit gefällt? „Nein, eigentlich gar nicht, aber es ist immerhin eine Ausbildung. Nur kauft niemand meine Kleider.“ Als mittelmäßiger Schneider hat man auf dem Kontinent der allgegenwärtigen europäischen Altkleidersäcke nur wenige Erfolgsaussichten – Alternativen gibt es allerdings auch keine, vor allem angesichts des fehlenden Beins. Dennoch gibt es Spielräume, die die Amputees and War Wounded Association mit kleinen Siegen auszunutzen weiß. Jüngst unterbreitete die Regierung ein erstes Entschädigungsangebot. Auch wenn es von der Association als unzureichend zurückgewiesen wurde, ist damit der Stein ins Rollen gekommen; Verhandlungen werden geführt – auch um die Einrichtung eines Kriegsofferfonds, in den dann auch die internationale Diamantenindustrie einzahlen soll.

Frauke Banse

## Projektstichwort

Medico fördert die politische Vernetzungsarbeit der Association und ermöglichte dadurch erst die regionalen und überregionalen Treffen. In Europa fordern wir im Rahmen der Kampagne Fatal Transactions die Diamantenindustrie auf, sich endlich an den Entschädigungszahlungen für die Kriegsoffer in Sierra Leone zu beteiligen und ihre mittelbare Kriegsschuld anzuerkennen. Spenden Sie für den Kampf dieser Mutigen ohne Hände und Füße. Das Stichwort lautet: Sierra Leone.

# Romeo und Julia in Kabul

## Die Ausweitung der Kampfzone

Ein Container voller Scheinwerfer und ein Schminktisch sollen nach Kabul verschifft werden. Um unabhängige Kulturinitiativen zu stärken, unterstützt medico das junge afghanische Theaterensemble Exile. Anne Jung reiste für eine Woche nach Kabul, um die letzten Verabredungen zu treffen. Nicht nur am Theater trifft sie Frauen, die um ihre öffentliche Präsenz kämpfen.

Shakespeare auf dem Lande. Der Bühnenaufgang des Kabuler Theaters.  
Foto: medico

Aus den Provinzstädten von Herat bis Kandahar sind in diesem Sommer die kleinen Ensembles zum zweiten afghanischen Theaterfestival nach Kabul gekommen. Nach einem Vierteljahrhundert wurde erstmals auch wieder Shakespeare gespielt. Die meist jugendlichen Darsteller wurden von Ariane Minouchkine, Direktorin des berühmten französischen Théâtre du Soleil auf ihren großen Tag vorbereitet. Alle erwarteten voll Spannung die Premiere. Der Abend begann rasant. Ein mitreißender Tanz mit traditioneller Musik fesselte das Publikum. Vor Beginn der eigentlichen Vorstellung bewegte alle nur eine Frage: Wird Shakespeares Leidenschaft auf der Bühne sichtbar? Und: Spielt eine Frau die Rolle der Julia und nicht – wie es unter den Taliban bei Frauenrollen Usus war – ein Mann in Frauenkleidung? Das Ensemble griff zu einer List: Geschwister spielten das tragische Liebespaar. Mehr zu wagen, wäre zu riskant gewesen. Zu gut sind noch die Vorfälle in Jalalabad in Erinnerung. Dort hatten vor einem Jahr Taliban-Anhänger eine Theateraufführung gestürmt, weil eine Frau auf der Bühne stand. Zur Strafe wurden mehreren Schauspielern die Arme gebrochen.

Zur Premiere von „Romeo und Julia“ saßen die Kabuler Oberschicht und die NGO-Szenerie im Publikum. Meine europäische Sitznachbarin fiel

mir auf, weil sie über die Scherze des afghanischen Redners lachte, der den Abend wortreich eröffnet hatte. Später hat Maria mir erzählt, dass sie als Übersetzerin für das Internationale Rote Kreuz im Frauengefängnis arbeitet. Fast alle Frauen würden dort wegen unehelicher Beziehungen sitzen; Liebesverhältnisse, die nicht selten von ihren Ehemännern erfunden wurden, nur um sie loszuwerden.

Die List des Ensembles:  
Geschwister spielen das  
tragische Liebespaar.

Obwohl Shakespeares Stück über 400 Jahre alt ist, wäre die berühmte Liebesgeschichte in Afghanistan noch immer ein Skandal. Auch die Fehde zwischen den beiden Veroneser Familien erinnert an ethnische wie religiöse Konflikte: Kaum vorstellbar wäre die Liebe zwischen jungen Schiiten und Sunniten. Vielleicht liegt darin ein Grund für die Begeisterung des Publikums. Die Anspannung fällt von den Schauspielern ab, noch auf der Bühne brechen Julia und ihre Mitstreiter in Tränen aus.

„Theater ist der beste Weg zu kommunizieren, egal ob es um Frieden, Demokratie oder Frauenrechte geht“, so der afghanische Dramatiker Aziz Elyas. Dass auf den Krieg und die importierte Demokratie jetzt Theatertruppen folgen sollen, ist für die lokalen Regisseure zwiespältig. Dreißig Jahre Krieg haben viele Traditionen zerstört. Das Theaterfestival sei daher ein fragiles Projekt, bei

dem es auch zu Auseinandersetzungen mit ausländischen Regisseuren kam, die als zu dominant empfunden wurden. „Wir müssen unseren persönlichen Weg finden. Wir wollen die verbrannten Bücher in unserer Erinnerung weiterleben lassen und die eigene Kultur wiederentdecken“, sagte der junge Regisseur Salimi vom Kabuler Exile Theatre. Auch Salimis Ensemble hat sich mit einem Stück an dem die-

Seit den Wahlen sind im afghanischen Parlament mehr Frauen vertreten als in Großbritannien und den USA.

Leben zu erzählen, nachdem sie zuvor den protestierenden Direktor von AABRAR, Dr. Baseer, aus dem Raum geschickt hat. „Das ist Dis-

kriminierung gegen Männer“, ereifert sich dieser halbironisch. Während der kommunistischen Besatzung hatte Soraya begonnen, Ingenieurwissenschaften zu studieren. Nach dem Sieg der Taliban musste sie ihr Studium abbrechen. „Erst jetzt konnte ich meinen großen Traum verwirklichen und mein Examen nachholen“, betont sie. Soraya ist unverheiratet, die einzige in ihrer Familie. Neben der Arbeit kümmert sie sich um ihre behinderte Schwester. Kein Mann würde diese Verantwortung mitübernehmen, ergänzt sie achselzuckend.

Die Schicksale der durch Minenunfälle behinderten Frauen bei AABRAR gleichen einander: Nach dem Unfall wurden sie jahrelang von ihren Familienmitgliedern versteckt, einige sahen so selten das Tageslicht, dass sie zusätzlich schwer erkrankten. Passierte der Minenunfall erst nach der Hochzeit, wurden sie von ihren Männern verlassen. Jetzt aber, so Soraya, sei durch die Mitarbeit in der Nähwerkstatt die völlige Mutlosigkeit gewichen. Die Frauen sprechen über ihre Erlebnisse und sind durch ihr Gehalt unabhängiger geworden. Soraya aber will mehr: Zu den Wahlen organisierte sie einen Autotransport der Frauen direkt zum Wahllokal. Ein mutiges Unterfangen, wie die Wahlplakate mit den Konterfeis der Kandidatinnen an den Hauswänden zeigen, deren Augen oftmals ausgekratzt sind.



Provokant offen. Titelbild von Malalai, das erste afghanische Frauenmagazin.

teter Mann gehört er fast schon zu einer subkulturellen Randgruppe, die nur in Kabul überleben kann. Er schläft in Proberäumen und duscht bei Freunden oder in einem Hotel, das von einem Franzosen betrieben wird.

Nicht nur auf der Bühne, sondern auch im richtigen Leben kämpfen die Frauen um ihre Sichtbarkeit. Etwa die Ingenieurin Soraya. Die gut ausgebildete Mitvierzigerin leitet die Nähwerkstatt der medico-Partnerorganisation AABRAR (Afghan Amputee Bicyclists for Rehabilitation and

Auch die Redakteurinnen von Malalai, dem ersten und bislang einzigen Frauenmagazin, sind wahre Pionierinnen: Mit ihren Reportagen und Fotostrecken haben sie sich ihren Platz an den Kiosken erobert. Benannt wurde Malalai nach einer berühmten Volksheldin, die durch ihren Wi-



derstand gegen die britische Kolonialmacht zur Galionsfigur der afghanischen Frauenbewegung wurde. Die aktuelle Sommerausgabe befasst sich mit der Burka-Debatte. Denn in manchen Gegenden von Kabul ist der Umgang mit der traditionellen Ganzkörperbedeckung – ganz zur Freude von Malalai – schon recht lax; wenn die Frauen als Beifahrerinnen auf einem der vielen Mopeds sitzen, wird sie eher als Sitzkissen verwendet. Viele Frauen, so die aktuelle Ausgabe, würden die Burka nur noch tragen, wenn sie, gezwungen durch die wirtschaftliche Not, im Land betteln gehen.

Seit den jüngsten Wahlen sind im Parlament Afghanistans mit 30 Prozent mehr Frauen vertreten als in Großbritannien und den USA. Meine Beobachtungen in den Vierteln von Kabul zeigten

Jenseits der blauen Gitter. Das zweieinhalb Hektar große Areal des Frauenparks ist für Männer tabu. Foto: medico

mir, dass die ehemals „Unsichtbaren“ längst begonnen haben, den öffentlichen Raum zurückzuerobern. Ein wöchentliches Treffen im Frauenpark gewinnt immer größeren Zuspruch. Der weitläufige Park, im Stadtteil Sharara gelegen, existiert seit Königszeiten. Bis zu 1.500 Frauen kommen regelmäßig hierhin. Mittellose Kriegswitwen arbeiten als Gärtnerinnen, andere treiben Sport. Ein Frauen-Basketballteam gibt es bereits, auch Hockeyspielen ist geplant. Oder Frauen treffen sich einfach, die Burka lässig zurückgeschlagen, flanieren miteinander und genießen dabei die männerfreie Zone.

Anne Jung

## Frankfurt-Kabul // cultural start-up

In Kooperation mit dem schauspielFrankfurt unterstützt medico die neu entstehende Kultur- und Theaterszene in Afghanistan. Ein Container mit technischen Gerätschaften für das Exile Theatre und das neu geplante Shamshad TV ist gepackt. Der TV-Kanal des medico-Partners OMAR möchte vor allem ein Angebot für die paschtusprachige Mehrheit schaffen. Karim Fazel, Leiter von OMAR, bildet auch TV-Moderatorinnen aus. Und die leben noch gefährlicher als Schauspielerinnen: Zuletzt wurde eine von ihnen ermordet aufgefunden. Der Transport des Equipments ist zeitaufwendig: Frankfurt-Kabul, durch den Iran, drei Wochen braucht der Weg. medico hat bewusst die Kosten übernommen. Denn Minenräumung ist nur der Anfang. Danach erst beginnt das Leben: Emanzipation, Kultur, das Soziale. Unterstützen Sie unsere Partner dabei. Das Zukunftswort lautet: Afghanistan.

Am 17. Juni 1816 brach die französische Fregatte „Medusa“ von Teneriffa aus nach Senegal auf. Bald lief das Schiff auf Grund. Die Rettungsboote reichten nur für die höheren Offiziere, der Rest, einfache Soldaten und Siedler, zimmerte sich aus Wrackteilen ein Floß. Urin stillte den Durst, das Fleisch der Toten ernährte die Überlebenden. Nach zwei Wochen wurden 15 von ihnen gerettet. Zum Skandal wurde die Katastrophe erst durch das Bild und seine öffentliche Rezeption. Voller Verachtung wenden sich die Schiffbrüchigen vom Betrachter ab. Die Rettung, so deutet es Peter Weiss in der „Ästhetik des Widerstands“, liegt in der Ferne und wirkt entlegen, als müsse sie erst erdacht werden.

Das 35 Quadratmeter große Gemälde ist so monumental wie die Großplakate, mit denen Hilfswerke heute auf Katastrophen aufmerksam machen. Doch die Werbung skandalisiert nicht mehr. Sie zeigt keine abgewandten, sondern erwartungsvolle, dem Helfer zugewandte, auch flehende Gesichter.

Mit Ihrer Hilfe die Hilfe entbehrlich machen. Mit einer Fördermitgliedschaft bei medico ermöglichen Sie uns nicht nur eine unabhängige Öffentlichkeitsarbeit, sondern auch langfristige Partnerkooperationen und flexibles Handeln in akuter Not.

Denn es gilt: „Vor dem Tanz kommt das Essen. Erst wenn alle am Tisch sitzen, kommt der Messias.“ (Ernst Bloch)

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von medico international





Wir schauen in unsere Zukunft: Ein Blick auf Treibgut in offener See, von noch festem Boden aus: Thomas Struths Fotografie „Louvre 4“, Paris 1989. Im Hintergrund das Bild „Das Floss der Medusa“ von Théodore Géricault.

# Das doppelte Gesicht der Modernität

In der arabischen Gesellschaft Israels wächst das Bewusstsein über die Rechte und Rolle der Frauen. Das haben in erster Linie die Frauenorganisationen durchgesetzt. Die medico-Partnerinnen „Women against Violence“ gehören zu ihnen. Katja Maurer hat sie im September dieses Jahres besucht.

Israel/Palästina

I khlas arbeitet seit acht Jahren im arabischen Frauenhaus in der Nähe von Akko. Ikhlas ist Mitte Vierzig und ihre klaren feinen Gesichtszüge werden durch das Tuch, das sie eher als Kopfschmuck, denn als Zeichen religiöser Zugehörigkeit trägt, noch betont. Gemeinsam mit Aida Touma-Suliman, der Direktorin der Women against Violence, den Trägern des Frauenhauses, sitzen wir in ihrem kleinen Büro, trinken arabischen Mokka und reden über die zurückliegenden Jahre. Hinterher wird mir Aida erzählen, sie sei vom Donner gerührt gewesen, als sie erfahren habe, dass ihre langjährige Kollegin ein Kopftuch trage. Denn das Kopftuch ist für Aida und die palästinensische Frauenorganisation das Symbol der Unterwerfung. Es gibt Grenzen und eine davon besteht darin, dass sich die Mitarbeiterinnen der Fraueneinrichtungen diesem Druck zur Verschleierung nicht beugen.

Aber Ikhlas Gründe sind dann doch ein akzeptabler Einzelfall. Das Kind der Hausvorsteherin war schwer krank und Ikhlas schwor bei Gott ein Kopftuch zu tragen, wenn es wieder gesund würde. Und es wurde wieder gesund. Ikhlas hat selbst ein frauenhausreifes Schicksal. Nach der Scheidung von ihrem ersten Mann entzogen die religiösen Gerichte ihr das Sorgerecht für die erste Tochter. Daraufhin durfte sie elf lange Jahre ihr Kind nicht sehen. In einer zweiten Ehe bekam sie wieder eine Tochter, die nun mit Gott und ärztlicher Hilfe gesundete. Das Leid der Frauen in ihrem Frauenhaus, die oft jahrelange Gewalttätigkeiten ihrer Ehemänner ertrugen, auch weil sie um den Verlust ihrer Kinder fürchteten, kann Ikhlas gut nachvollziehen. Aber auch mit ihrem eigenen Schicksal zeigen, dass es Auswege aus der Katastrophe gibt. Sie zieht ein geradezu ge-

lassenes Resümee der vergangenen acht Jahre Frauenhauserfahrung. „Wir haben gelernt, die Frauen so zu akzeptieren, wie sie sind“, sagt Ikhlas. Früher seien sie viel strikter gewesen. „Wir waren so dominant wie deren Männer.“ Das habe an mangelnder Erfahrung aber auch an der Angst gelegen, dass einzelne Frauen den Standort des Hauses verraten könnten. Keine hätte damals sicher sein können, dass es dann nicht zu schweren Übergriffen gegen die Einrichtung gekommen wäre.

**Klassenübergreifende Gewalt** All das hat sich verändert. Das Frauenhaus nahe Akko ist keine klandestine Zuflucht mehr. Heute kommen Frauen aus allen Schichten. Mit Einzel- und Gruppengesprächen, Mutter-Kind-Angeboten und umfassender psychologischer Beratung gibt es ein so ausgefeiltes Angebot, dass die zum Teil schwer misshandelten, traumatisierten und verfolgten Frauen wirkungsvoll unterstützt werden können, sich eine neue Lebensperspektive zu erarbeiten. Mittlerweile, so Ikhlas, hat das Frauenteam eine klare Interventionsstrategie für die Krisenfälle. „Wir führen Supervision durch und pflegen den Erfahrungsaustausch mit jüdischen Kolleginnen.“ Ikhlas betont, wie sicher sie sich heute in dem fühlen, was sie tun.

In allen Gesprächen mit Kolleginnen der Women against Violence im Frauenhaus von Akko, in der Notrufzentrale und im Übergangwohnheim in Nazareth sind die harten Anfangsjahre präsent. Umso größer war die Zufriedenheit aller, dass sie es wirklich erreicht haben, in der arabischen Gesellschaft mit ihren radikalen Forderungen und ihrem offenen Auftreten notgedrungen akzeptiert zu werden.

Workshops mit der Polizei Linda Khwaled vom Crisis Center, das unter anderem die Notrufzentrale mit über 30 Freiwilligen in Nazareth betreibt, weiß deshalb zu schätzen, dass sich in der Gesellschaft langsam die Solidarität mit den Opfern patriarchaler Gewalt durchzusetzen beginnt. Die junge Soziologin ist sich sicher, dass dies auch ihrer Aufklärungsarbeit zu verdanken ist. „Wir haben in den vergangenen Jahren über 300 Workshops unter anderem bei der Polizei, bei der Justiz, bei Lehrern, Eltern und Rechtsanwältinnen durchgeführt. Immer ging es darum, Verständnis für die Gewaltopfer und die Notwendigkeit einer juristischen Verfolgung der Verbrechen zu vermitteln.“ Dadurch habe sich das Crisis Center etabliert und die Anrufe von Gewaltopfern oder ihren Angehörigen hätten sich in den vergangenen beiden Jahren verdoppelt.

Die Soziologin Ghada Abu Jabir-Negim hat im Auftrag der Women against Violence eine soziologische Untersuchung über die Haltungen zum Status der palästinensischen Frauen in Israel durchgeführt. Die Studie belegt die Erfahrungen der Kolleginnen: Es gibt ein wachsendes Bewusstsein über die Rechte und den Status der Frauen innerhalb der palästinensischen Gesellschaft. Das monolithische Bild einer immer stärker werdenden Islamisierung treffe nicht zu, so Ghada. Man lege Wert auf Ausbildung der Frauen, sie sollen sich selbst verwirklichen, auch ihre Erwerbstätigkeit wird positiv gesehen. Aber es klafft eine tiefe Kluft zwischen Theorie und Praxis. „Die Gesellschaft demonstriert in einem hohen Maß die Bereitschaft, spezifische Rechte der Frauen wie Bildung und Arbeit zu akzeptie-

ren. Aber sie ist noch immer nicht bereit, diese Rechte bedingungslos anzuerkennen oder sie nicht mit anderen Verpflichtungen zu verbinden. Patriarchale Konzepte wie Ansehen, Familien-ehre und die Akzeptanz von Gewalt gegen Frauen sind eine Art Versicherungspolice, um die alten Herrschaftsbeziehungen zwischen den Geschlechtern zu sichern.“ So ein Resümee der Studie. Nach wie vor bewegen sich die Kolleginnen von Women against Violence in einem schwierigen Umfeld. Und auch der israelische Staat unterstützt die Frauenrechtlerinnen weni-



ger als halbherzig. Denn die Macht über die Frauen ist für die traditionellen Eliten der Brosamen für die fehlende soziale und politische Gleichstellung der arabischen Bevölkerung in Israel. Women against Violence muss so notgedrungen immer an zwei Fronten kämpfen.

## Projektstichwort

Im Halfwayhouse von Nazareth herrscht Hochstimmung. Eines der Mädchen, das häusliche Gewalt überlebt hat und sich hier nun darauf vorbereitet, allein zu leben, hat die Aufnahmeprüfung für die beste Schauspielschule Israels geschafft. Eine andere wird demnächst ein Studium beginnen. Diese Erfolgsbilanz des Übergangwohnheims für Mädchen in Nazareth verdankt sich auch ihrer Spende. Die Arbeit der Women Against Violence wird durch den medico-Fonds „Zeichen paradoxer Hoffnung“ getragen. Sein Spendenstichwort lautet: Israel-Palästina.

# Gleichberechtigung ist keine „Maximalforderung“

Ein Gespräch mit der Direktorin von Women against Violence, Aida Touma-Suliman, über das eindimensionale Bild des Westens von den arabischen Gesellschaften und die Situation der palästinensischen Frauen in Israel.

Seit mehr als 10 Jahren bemühen sich Women against Violence um die Durchsetzung der Frauenrechte für israelische Palästinenserinnen. Wie sieht eure Zwischenbilanz aus?

Israel

Wir haben Veränderungen durchgesetzt. Frauenhäuser sind mittlerweile eine vielleicht nicht beliebte, aber für sinnvoll erachtete Einrichtung in den arabischen Gemeinden. Unsere Notrufzentrale für misshandelte Mädchen und Frauen in Nazareth verzeichnet einen sprunghaften Anstieg von Anrufen. Das liegt nicht daran, dass es mehr Fälle von Gewalt und Missbrauch gibt. Das Bewusstsein darüber, dass diese Verbrechen nicht verschwiegen und vertuscht werden dürfen, wächst auch bei uns. Dass es nun auch gelingt, in Einzelfällen die Opfer dazu zu bewegen, vor Gericht zu gehen, ist ein Signal in die Gesellschaft, dass solche Verbrechen auch juristische Konsequenzen haben. Das verändert das Bewusstsein. Diese Prozessbegleitung können wir übrigens dank der Unterstützung von medico durchführen.

Worin unterscheidet sich eure Lage in Israel von der der Frauen in den arabischen Ländern?

Wir profitieren natürlich von den liberalen Gesetzen, die es in Israel gibt. Alles, was die israelische feministische Bewegung durchgesetzt hat, hat auch unsere Situation als Palästinenserinnen verbessert. Wenn wir von Gewalt sprechen, dann reden nicht nur irgendwelche Feministinnen darüber, sondern es gibt Gesetze. Für uns gilt das gleiche Zivilrecht wie für die jüdischen Frauen. Auch wir können nun bis auf die Scheidung alle Unterhalts- und Sorgerechtsfragen vor einem Gericht klären und sind nicht mehr auf die religiösen Schiedsstellen angewiesen. Die Frauen profitieren von den Bildungsangeboten des Staates. Mittlerweile ist ihr Anteil unter den palästinensischen Studenten höher als der der Männer.

Worin äußern sich Diskriminierungen gegenüber den Palästinenserinnen?

Nach wie vor liegen Welten zwischen unserer Situation und der der jüdischen Frauen. Nicht nur deshalb, weil unsere eigene arabische Gemeinschaft sehr patriarchal organisiert ist. Das ließe sich in vielfacher Hinsicht auch über die jüdische Gesellschaft sagen. Palästinenserinnen werden bei fast allen Institutionen schlechter behandelt als jüdische Frauen. Vor Gericht gibt es häufig keine Übersetzung, obwohl das vorgeschrieben ist. In den Polizeistationen der arabischen Kommunen fehlen oft weibliche Angestellte, die Missbrauchs- und Gewaltfälle von Frauen untersuchen sollen. Die Privatisierung des Sozialstaats wird zuallererst auf dem Rücken der arabischen Institutionen ausgetragen. Budgets werden gekürzt. Jüdische Frauenhäuser werden noch zu 100 Prozent finanziert, wir müssen uns schon auf die Suche nach anderen Finanzierungsquellen machen.

Gibt es Arbeitszusammenhänge mit jüdischen Frauen?

Es gibt ein Phänomen in der feministischen Bewegung, das nicht nur in Israel zu beobachten ist. Das ist die Professionalisierung. Der Kampf um Frauenhäuser war früher Ausdruck einer lebendigen gemeinsamen feministischen Bewegung. Wir haben hier eng zusammen gearbeitet und viel professio-

nelle Erfahrung auch jüdischer Feministinnen ist in unsere Arbeit eingeflossen. Doch nun befinden wir uns in einer Professionalisierungsfalle. Der politische Kampf gegen strukturelle Ausgrenzung der Frauen ist ersetzt worden durch die Konzentration auf professionellen Umgang mit den Einzelfällen. Ein Teil der feministischen Bewegung ist von Regierungsgeldern abhängig. Notwendige Auseinandersetzungen werden vermieden, um das nächste Budget zu sichern. Als Women against Violence versuchen wir nach wie vor den Spagat zwischen professioneller Hilfe und politischem Auftreten. Aber wir riskieren damit natürlich in dem einen oder anderen Fall die staatliche Förderung.

Vom Westen aus betrachtet hat man den Eindruck, die Frauen in der arabischen Welt hätten auf ganzer Linie gegen die fundamentalistischen Bewegungen verloren. Gibt es keine Strömung mehr, die sich für Emanzipation und Gleichstellung einsetzt?

Es gibt noch immer Teile der arabischen Gesellschaften, die um die Verwirklichung der Menschen- und



Aida Touma-Suliman. Foto: medico

Frauenrechte kämpfen. In allen arabischen Ländern gibt es eine aktive feministische Bewegung, die der Westen nicht wahrnimmt. Sie beschäftigt sich insbesondere mit Fragen des Familienrechts, mit der Bekämpfung der Ehrenmorde, der familiären Gewalt und des sexuellen Missbrauchs. Sie ist stark in Ägypten, im Libanon, in Marokko. Dass die Frauenfrage in den islamischen Ländern zu einem globalen ideologischen Schlachtfeld geworden ist, schadet unserer Sache und ist eine Steilvorlage für alle unsere Gegner, uns als „Agentinnen des Westens“ zu bezeichnen. Was mich aber besonders wütend macht, ist die Tatsache, dass den Reden über Frauenrechte keine Taten folgen. Im Irak wurde so viel von Befreiung geredet. Gerade im Bereich des Zivilrechts, also dort, wo es um Sorgerecht, Ehescheidung, häusliche Gewalt geht, wurde die Scharia für rechtsverbindlich erklärt. Das ist das Ergebnis der Irak-

Invasion aus Sicht der Frauen. Wirklich ein herber Rückschlag.

Women against Violence vertreten einen radikalen feministischen Standpunkt. Wie lässt er sich in die palästinensische Gesellschaft in Israel vermitteln?

In diesen Tagen habe ich einen Vortrag vor palästinensischen Kollegen über den Status der palästinensischen Frauen gehalten. Mehrere Diskutanten warfen mir danach vor, dass ich nur Probleme der Mittelschichten und der Eliten aufwerfen würde. Ich würde die ganze palästinensische Kultur schlecht machen und Maximalforderungen in Sachen Geschlechterdemokratie und Gleichheit stellen. Ich antwortete ihnen, dass sie seit zwei Tagen berechnete „Maximalforderungen“ für die Palästinenser in Israel diskutieren würden. Würde der israelische Staat ihrem Argumentationsmuster in Frauenfragen folgen, könnte er alle Forderungen nach voller Gleichstellung der Palästinenser mit ähnlichen Verweisen abtun. Denn für die palästinensischen Israelis hat sich vieles zum Besseren gewendet. Es gibt mehr palästinensische Akademiker als früher, mehr palästinensische Richter und kürzlich hat das erste palästinensische Radio in Nazareth sein Studio eröffnet. Da könnte man doch die Forderung nach vollkommener Gleichstellung auch auf später verschieben. Die Gleichstellung der Frau, erklärte ich ihnen, sei kein westlicher, sondern ein menschlicher Wert. Wer behauptet, in der arabischen und islamischen Kultur gäbe es keinen Platz dafür, der greift unsere Kultur an, nicht ich. Da waren sie doch recht erstaunt.

Das Interview führte Katja Maurer



## Der freie Markt der Mildtätigkeit

Nach dem Tsunami begann in den zerstörten Küstendörfern im indischen Tamil Nadu ein hektischer Wiederaufbau: Nahrungsmittel wurden verteilt, Häuser gebaut, neue Fischerboote bereitgestellt. Wie die gut gemeinte Hilfe regionale Ausbeutungsverhältnisse verfestigt, wie betroffene Überlebende mit Hilfsgütern überschüttet werden oder leer ausgehen und lokale Mächtige damit ihren Profit machen, zeigen erste Ergebnisse einer Studie indischer Netzwerke, deren Arbeit Jürgen Weber für *medico* in den betroffenen Dörfern begleitete.

**K**anyakumari, 11. November 2005. „Von der Dorfbevölkerung werden wir manchmal mit ‚Wanakkam Tanggacci (Hallo, kleine Schwester), hast du wieder nur Papier in deiner Tasche‘ begrüßt“, sagt Pancharam. Die indische Aktivistin berichtet mit Stolz in der Stimme, wie ihr Team die Akzeptanz der von der Flut betroffenen Bevölkerung gewinnen konnte. Panchavaram ist Mitarbeiterin in einer Studie mit dem langen und etwas umständlichen Namen „Post Tsunami-Szenario: Analyse der Auswirkungen auf sozio-, ökonomische, kulturelle, traditionelle und religiöse Strukturen“. Die Untersuchung wird entlang des 110 km langen Küstenstreifens in den südlichsten indischen Bezirken Kanyakumari und Trinuvelli (Tamil Nadu) durchgeführt. Geleitet von der „Rural Education Development Society“ (REDS) und von *medico* unterstützt, sucht die Studie Antworten auf Fragen wie: Welche Art von Hilfe benötigen die Menschen; führt die Hilfe zu größeren Abhängigkeiten und veränderten Erwartungshaltungen; wie sehen die beteiligten

Nichtregierungsorganisationen (NROs) den Wiederaufbau, und schließlich, welche eigenen Bewältigungsstrategien haben die Menschen entwickelt?

Noch im Sommer, zu Beginn der Untersuchung waren Panchavaram und ihre Kolleginnen und Kollegen in den von ihnen ausgewählten 55 Dörfern nicht immer willkommen. Zu viele Hilfswerke waren in den letzten Monaten mit Fragebögen unterwegs gewesen – und nicht wiedergekommen. „Die NROs betrügen uns und stecken das Geld in die eigene Tasche.“ Mehr als nur einmal hörte Panchavaram diese Sätze. Aber durch seine lokalen Kontakte konnte das REDS-Team die Dorfbewohner erreichen. Einzelne des Teams wurden zudem wiedererkannt, waren sie doch bereits am 26. Dezember, dem ersten Tag nach der Flut als Freiwillige vor Ort gewesen.

**Ausschluss und Überfluss** Nachdem die Tsunami-Überlebenden vermehrt über



Ungenutzte Hilfe. Neue Fischerboote an der vom Tsunami betroffenen indischen Küste. Foto: medico

schlechte Bedingungen in den Notunterkünften, Verteilungungerechtigkeiten, über den Ausschluss von Dalit-Familien und die Angst der Frauen vor sexuellen Übergriffen berichtet hatten, beschloss man im REDS-Team, den Prozess des Wiederaufbaus längerfristig zu beobachten. „Globale und lokale Akteure sollten lernen, dass eine technische Zusammenarbeit nicht ausreicht. Um zu Lösungen zu kommen, muss die Rolle von lokalen Institutionen gestärkt werden“, fordert S. Alexander, der Koordinator der Studie und Direktor von REDS. Die Untersuchung wurde mit der regionalen Gandhigram Rural Universität diskutiert. In Workshops verständigte man sich über Fragen der quantitativen Datenerhebung und partizipatorische Untersuchungsmethoden. Dann sammelten das Team und die Bewohner in Einzelgesprächen, auf Diskussionen in Dorfversammlungen und Dorfparlamenten, in Schulen und Jugendclubs Informationen. Mitte des nächsten Jahres soll die Studie vorliegen. Eine in Tamil übersetzte Ausgabe wird dann in öffentlichen Versammlungen in den Dörfern von Kanyakumari und Trinuvelli vorgestellt. In den beiden Bezirken wurden nach offiziellen Angaben der Regionalregierung von Tamil Nadu 53 Dörfer mit rd. 29.000 Familien (117.000 Menschen) vom Tsunami betroffen. 753 Tote wurden bestätigt. Die NROs gehen dagegen von bis zu 70 Dörfern und von etwa 7.000 Toten aus. Am schlimmsten traf die Flutwelle 24 Dörfer im Bezirk Kanyakumari, in denen es darüber hinaus zu großen Verteilungungerechtigkeiten kam. „Jeder hat nur den

Fischern geholfen. Die Dalits und all jene, die nicht unmittelbar von der Fischindustrie leben, bekamen nichts“, lautet die Erfahrung von Nithy, die für REDS die Region untersuchte. Alexander attestiert der Regionalregierung zumindest den Versuch, nachprüfbar Listen über Tote, Vermisste und Schäden aufgestellt zu haben. Im Gegensatz dazu haben die NROs ihre Hilfsgüter größtenteils wahllos und bisweilen auch „mehr als adäquat“ verteilt, wie er an einem Beispiel ausführt: „Am ersten Tag kam eine NGO und verteilte 50 kg Reis pro Familie. Am nächsten kam die zweite NGO und verteilte 75 kg Reis pro Familie, usw. Am Ende der Woche hatte die Familie dann 500 kg Reis.“ Natürlich seien dann, so der REDS-Koordinator, die Preise für Reis, für Matten und Geschirr – und später auch für das asbesthaltige Material, aus denen die Notunterkünfte gebaut wurden, in die Höhe geschneilt.

In den beiden Bezirken leben die meisten Fischer von Tamil Nadu. Aber nur der geschützte Kleinhafen in Chinnamuttom erlaubt es, an der oft stürmischen Küste regelmäßig zu fischen. Für viele einfache Fischer bedeutet dies, dass sie oft auf Jobs im Hafen oder bei der Reparatur von Netzen und Booten angewiesen sind. Die Fischerfamilien sind in der Mehrzahl arm und ohne Lobby und leiden unter einer vielfachen Ausbeutung durch die Geldverleiher, Großhändler, die Besitzer der großen Boote und Exporthändler.

**Zwischenhändler Kirche** In den Dörfern herrscht nicht allein eine starke Elite. Es besteht zudem ein historisch gespanntes Verhältnis zwischen der christlichen Mehrheit und der hinduistischen wie muslimischen Bevölkerung. 98 Prozent sind Anhänger des römisch-katholischen Glaubens, dem Vatikan gehören rund 95 Prozent des Grund und Bodens der Region – in diesem Teil Indiens ist er die „Supermacht“.

Der Gemeindevorstand, in dem der lokale Priester, die Bootsbesitzer, Händler und Geldverleiher das Sagen haben, kontrolliert auch die Hilfe und den Wiederaufbau. Hier kann niemand unabhän-

gig helfen. Kompensationsleistungen müssen vom lokalen Priester genehmigt werden. Die Regierung, die es faktisch – von den Notunterkünften abgesehen – versäumt hat, wirkliche Hilfe zu leisten, ist nicht in Reichweite. Protest gegen die Macht der Kirche wird immer wieder mit der Exkommunikation der Gläubigen bestraft. In dieser Situation gewinnt auch die hindu-fundamentalistische Shiv Shena (Armee Shivas) an Popularität.

In keinem der bis Ende Oktober untersuchten 41 Dörfer wurden die Communities in die Entscheidungen über den Wiederaufbau einbezogen, weder in der Planung noch in der Ausführung. Dalits, landlose Arbeiter, die indigene Gruppe der



Gemeinschaftliche Bedarfsanalyse im Dorf Kootapulli.  
Foto: medico

Adivasis, die muslimische und hinduistische Bevölkerungsgruppe werden bis heute systematisch übergangen und bleiben in den Schadenslisten unsichtbar. Die unkoordinierte Hilfe führt nicht nur zu sozialen Verwerfungen, sie hat auch die lokale ökonomische Struktur außer Kraft gesetzt. Wenn es in einem Dorf heute 120 motorisierte Boote und Katamarane gibt - gegenüber 35 Katamaranen vor dem Tsunami - dann wird der Wettbewerb um den schon jetzt geringeren Fang viele Familien in die weitere Verschuldung führen.

**Aneignung von unten** „Moral had gone“, beschreibt Alexander die dörfliche Situation zehn Monate nach der Flutwelle. Eine passive Erwartungshaltung und die Unsicherheit

vor der nächsten Katastrophe haben zugenommen, Alkoholismus und Gewalttätigkeiten gehen mit einer zunehmenden Verschuldung einher. „Wir haben nie um etwas gebeten“, sagt eine Frau in einer Diskussion mit dem REDS-Team. „Jetzt aber scheint es, dass wir alle zu Bettlern geworden sind.“ Die lokalen NROs haben viel an Glaubwürdigkeit eingebüßt und müssen sich zwischen den Forderungen der Dorfbevölkerung und den Anforderungen ihrer Geber, den internationalen Hilfswerken, hin- und herbewegen. Viele der lokalen Konflikte sind nur aus dieser Dynamik zu verstehen.

Doch es gibt auch Anzeichen des Protests. Dort, wo es zu massiven Fehlverteilungen gekommen ist, eignen sich die Menschen die Hilfsgüter ihren Bedürfnissen entsprechend an: So werden beispielsweise die von den Hilfsorganisationen bestellten mechanisierten Boote wieder an die Hersteller oder auf lokalen Auktionen verkauft und der „Gewinn“ unter den Familien ausgezahlt. Es kommt vor, dass die Materialien von Gruppen zurückgewiesen werden und stattdessen ein einheitlicher Geldbetrag für alle gefordert wird. Dort, wo die Betroffenen ausgeschlossen sind, formiert sich ein organisierterer Protest. So demonstrieren die Dalits, die durch die Übersalzung des Bodens ihrer Existenzgrundlage beraubt wurden, vor den Büros der Bezirksverwalter, um ihre Registrierung als Tsunami-Betroffene zu fordern. Besonders die Jugendlichen an der Küste haben kaum Zukunftsperspektiven. „Wir spüren, dass sich in den Dörfern etwas regt und die Frustration unter den Jugendlichen wächst. Ich glaube“, so der REDS-Aktivist Shanmugam, „die Gewalt wird zunehmen.“

## Projektstichwort

Auch im Jahr 2006 wird medico bewusst denjenigen solidarisch beistehen, die nach dem Tsunami leer ausgingen. Mit unserem Partner CARDS werden wir weitere Brunnen und Gesundheitsstationen für die sog. „Unberührbaren“, die Dalits, einrichten. Die indischen Aktivisten unseres Internetdienstes Tsunami Response Watch, den Sie unter [www.medico.de](http://www.medico.de) kostenlos beziehen können, planen im nächsten Jahr einen Film über Nachwirkungen der Nothilfe, und auch die Studien von REDS werden weitergehen. Unser gemeinsames Spendenstichwort dafür lautet weiterhin: Seebeben.

# Göttliche Vorsehung statt Katastrophenschutz

Erneut haben Wirbelstürme in Mittelamerika viele Menschenleben gefordert und eine Spur der Verwüstung hinterlassen. Vielfach, so schreibt Walter Schütz aus Managua, fehlt der politische Wille, die bedrohte Bevölkerung zu schützen. Nur in Nicaragua hat zum ersten Mal der funktionierende Katastrophenschutz deutlich gemacht: Prävention ist möglich.

**A**ls ich die ersten Berichte über die dramatischen Folgen der Hurrikane, die derzeit über Mittelamerika ziehen, insbesondere in Guatemala und in El Salvador verfolgte, erinnerte ich mich an eine Besprechung vor mindestens zehn Jahren bei einer salvadorianischen NGO. Es ging um geplante Ansiedlungen im Mündungsgebiet des Río Lempa, des größten Flusses von El Salvador. Schon damals diskutierten wir über das Problem des Siedelns im Mündungsdelta. Klar war, dass sich die gesamte Wohn- und Produktionskultur in solchen Regionen auf diesen Sachverhalt hätte einstellen müssen. Das hätte bedeutet, auf höheren Stellen zu siedeln oder Häuser auf Pfählen zu errichten. Doch statt das Problem bewusst anzugehen, wurden die Siedlungen für Menschen, die woanders möglicherweise ungleich schlechter gelebt hätten, ohne jeden Überschwemmungsschutz schnell errichtet. Im Vertrauen darauf, die göttliche Vorsehung werde die Menschen schon schützen. Nun überflutete Hurrikan Stan im Oktober dieses Jahres die Gemeinden und beraubte die Bewohner ihrer Lebensgrundlagen.

Ähnlich in Guatemala. Die meisten Erdbeben, die Anfang Oktober von Hurrikan Stan ausgelöst wurden, sind auf Abholzungen und das Siedeln in Risikogebieten zurückzuführen. Im guatemalteckischen Dorf Panabaj haben die Menschen jetzt dasselbe erlebt wie 1998 die Bewohner der Dörfer am nicaraguanischen Vulkan Casita. Eine Schlammlawine begrub in Panabaj Tausende Personen und ganze Dörfer unter sich. Die Schlammlawine wurde durch den ständigen Regen ausgelöst an einem Hang, der durch Ab-

holzung nicht mehr sicher war. Es mag zynisch klingen, aber diese schreckliche Katastrophe war vorhersehbar. Warum wurde sie nicht verhindert? Die Frage ist nicht dadurch beantwortet, dass die guatemalteckische Regierung die betroffenen Gemeinden nun zu Dorffriedhöfen erklärt.

In Nicaragua war Hurrikan Stan längst nicht so verheerend wie in Guatemala. Hurrikan Stan hat das Land nur mit seinen Ausläufern erwischt. Der

Die Katastrophe in Guatemala war vorhersehbar. Warum wurde sie nicht verhindert?

darauffolgende tropische Wirbelsturm Beta traf zwischen Bilwi (Puerta Cabezas) und Bluefields voll auf die nicaraguanische Atlantikküste. Er riss das Zink von tausenden Dächern, überflutete mit seinen Regenmassen mehr als 40 Dörfer und vernichtete die Ernten. Aber – und das scheint mir ein wichtiger Faktor zu sein – Nicaragua ist mittlerweile besser auf solche Naturereignisse vorbereitet. Es gab kaum Tote. Der Zivilschutz funktionierte und sorgte für die Evakuierung der gefährdeten Bevölkerung. 1988 wurde zum ersten Mal vorexerziert, dass die Menschen vor solchen Katastrophen gerettet werden können, wenn der politische Wille dazu besteht. Damals wütete Hurrikan Juana in der Karibik und steuerte auf Nicaragua zu. In einer beispielhaften Aktion und mit der Beratung von hurrikanerfahrenen Kubanern wurden die Regionen um Bluefields und die Provinz Río San Juan evakuiert und die öffentlichen Gebäude sturmfest gemacht. Nach dem Sturm war Bluefields ein einziger Trümmerhaufen. Aber es gab „nur“ 39 Tote. Allerdings, und das ist der Zynismus der Katastrophenhilfe, weil es eben „nur“ drei Dutzend Tote gegeben hatte, floss die internationale Wiederaufbauhilfe weniger als spärlich.

Nicaragua

Zehn Jahre später war alles anders. Der Hurrikan Mitch raste 1998 durch Mittelamerika und hinterließ eine Spur des Grauens. Mehr als 4.000 Tote gab es allein in Nicaragua, 2.500 am Vulkan Casita. Staatspräsident Arnoldo Alemán hatte jedoch das Herannahen des Sturms ignoriert. Sein Unwille politisch zu handeln, verbrämte er mit dem Verweis auf die göttliche Vorsehung. Noch am Abend des 29. Oktobers, nachdem sich bereits der Erdbeben am Casita ereignet und für Schlagzeilen gesorgt hatte, leugnete er die Katastrophe und erklärte die zuständige Bürgermeisterin von Posoltega für geistesgestört. Sie gehörte eben der sandinistischen Partei an. Alemán betrachtete die ehemalige sandinistische Armee, die sich beim Hurrikan Juana bewährt hatte, als Inkarnation des Bösen und wollte sie auf keinen Fall einsetzen. Sie hätte ja durch ihre lebensrettenden Maßnahmen an Sympathie gewinnen können. Das Geld aber, das floss, als die Katastrophenbilder um die Welt gingen, haben Alemán und seine politischen Freunde gern entgegengenommen. So entpuppte sich manche damit finanzierte Wiederaufbaumaßnahme als Straßenbauprojekt, das vor einer Wochenendvilla oder dem Landgut eines Staatsfunktionärs endete. Schließlich wurde Alemán vorgeworfen, er habe 300 Millionen Dollar aus der Staatskasse, darunter auch Mitch-Gelder, auf seine privaten ausländischen Konten geschleust. Er wurde zu 20 Jahren Haft verurteilt, die er unter Hausarrest auf seiner Hazienda absitzt.

Der Schrecken, den Hurrikan Mitch 1998 verursachte, führte unter anderem dazu, dass – auch dank internationaler Kooperation – ein System der Katastrophenvorbeugung in Nicaragua aufgebaut wurde. Nahezu alle Bürgermeistereien haben mittlerweile eine Karte ihrer Gemeinde mit klar definierten Risikogebieten. Es gibt Alarmstufen mit genauen Situationsbeschreibungen und Verhaltensmaßregeln. Im Falle von Stan wurden die Gemeinden auch entsprechend der jeweiligen Alarmstufen evakuiert. Außerdem existiert ein breites Funknetz in den Risikoregionen. So



### Der Zynismus der Katastrophenhilfe besteht darin, dass nur Geld fließt, wenn es viele Tote gibt.

wurden an einem Samstag in Nandaimé 2.000 Menschen evakuiert, die aber nach 24 Stunden wieder in ihre Häuser zurückkonnten. Das Rückgrat dieser Organisation ist ein Teil der Armee, die „defensa civil“ (Zivilschutz). Die Armee hat sich in den letzten Jahren aus den politischen Querelen herausgehalten, obwohl immer wieder versucht wurde, sie hinzuzuziehen. So arbeitet sie ohne Schwierigkeiten in der Katastrophenvorbeugung mit den Bürgermeistern aller politischen Richtungen zusammen. Ich glaube auch, dass ein Rest des humanitären Anspruchs geblieben ist, mit dem die revolutionäre Armee einmal angetreten ist.

Unterdessen werden die Nachrichten aus Guatemala immer schlimmer. Die Zahl der identifizierten Toten liegt inzwischen über 600. Rettungskräfte sagen jedoch, dass es mindestens 3.000 Vermisste gibt. 220.000 Personen sind obdachlos. 89.000 Menschen sind in 280 Notunterkünften untergebracht. Man fragt sich, warum die Regierung die dramatische Situation so herunterspielt. Es steht zu befürchten, dass die Antwort im ungebrochenen Rassismus der Eliten zu finden ist. Denn bei den Toten und den Überlebenden der Katastrophe handelt es sich zumeist um Indígenas, um indianische Einwohner Guatemalas.

Walter Schütz



Rechtssicherheit auch bei Wind und Wetter. Die Bewohner der Siedlung El Tanque (Nicaragua) erringen 2002 mit medico-Hilfe Landtitel und damit auch Schadensersatzansprüche im Fall etwaiger Naturkatastrophen. Foto: medico

## Nach dem Hurrikan

medico-Partner in Guatemala sind in 21 Dörfern aktiv

Seit vielen Jahren arbeitet medico in Guatemala mit der Gesundheitsorganisation ACCSS zusammen. Bereits während des guatemalteckischen Bürgerkriegs hat medico die Arbeit der Kollegen beim Aufbau von Basisgesundheitsdiensten und der Ausbildung von Gesundheitspromotoren in den Flüchtlingslagern und geheimen Dörfern unterstützt. Im Rahmen der Rückkehrprogramme fördert medico die Einrichtung gemeindenaher Gesundheitsdienste insbesondere im Bereich der Zahngesundheit.

In 21 Dörfern, in denen unsere guatemalteckischen Kollegen arbeiten, hat der Wirbelsturm Stan im Oktober dieses Jahres erhebliche Schäden verursacht. Die Ernte ist vernichtet, viele Häuser sind beschädigt. Viele Bewohner haben das wenige Hab und Gut, das sie besitzen, verloren. Allein in den Dörfern, in denen ACCSS arbeitet, sind mehrere zehntausend Menschen betrof-

fen. Sofort nach Bekanntwerden der Katastrophe haben die guatemalteckischen Kollegen in den zum Teil unzugänglichen Dörfern Hilfsmaßnahmen ergriffen. Erste Nothilfe bestand darin, Behelfsunterkünfte zu errichten, Nahrungsmittel zu verteilen, vorbeugende Gesundheitsmaßnahmen zu ergreifen. Medico hat sofort finanzielle Unterstützung zugesagt. Nun beginnen die Rehabilitationsmaßnahmen, die den Wiederaufbau der Dörfer und Mittel für eine neue Aussaat beinhalten. Darüber hinaus wird in den Gemeinden mit Hilfe der Gesundheitspromotoren festgestellt, wo die Katastrophenrisiken der Dörfer liegen und wie dies beim Wiederaufbau und bei künftigen Katastrophenschutzüberlegungen berücksichtigt werden muss.

Weitere Informationen zur Situation unserer Partner in Guatemala finden Sie auf unserer Website: [www.medico.de](http://www.medico.de).

Guatemala

### Projektstichwort

Die gemeindenahen Gesundheitsprojekte von ACCSS in Guatemala, die umfassenden Wiederansiedlungsprogramme in El Tanque und El Palmerita in Nicaragua sind Projekte mit Menschen, die viele Katastrophen überlebt haben: den Vernichtungsfeldzug gegen die indigene Bevölkerung Guatemalas, den Contra-Krieg und Hurrikan Mitch in Nicaragua oder die neoliberale Globalisierung, in deren Verlauf der Kaffeepreis so sank, dass den arbeitslosen Plantagenarbeitern von Palmerita nur noch der Hungermarsch nach Managua blieb. Ihre Geschichte ist Bestandteil und Ausgangspunkt der Programme heute. Insofern ist die Existenzsicherung und die Förderung politischer Artikulation, die all diese Projekte zu realisieren suchen, notwendiger Katastrophenschutz. Dafür bitten wir um Ihre Spende unter den Stichworten: Guatemala und Nicaragua.

# Der Preis des Lebens

## Die Mine, die Würde und der Schutz vor dem Angriff auf ein Krankenhaus

Ralf Syring arbeitete als Arzt im salvadorianischen Bürgerkrieg. Die klandestinen Kliniken, in denen er tätig war, wurden vor Übergriffen von einem Minengürtel geschützt. Jahre später baute er in Angola mit medico ein Rehabilitationsprojekt für Minenopfer auf. Der Arzt, Theologe und Entwicklungsarbeiter wirft einen Blick zurück auf eine Geschichte, die sich mit Kategorien von „richtig“ und „falsch“ nicht beurteilen lässt.

**A**nibal hatten wir am Vormittag operiert. Ein Projektil hatte ihm die linke Lunge durchschlagen. Zum Glück war mein Kollege Fernando nur wenige Stunden entfernt gewesen. Alleine hätte ich Anibal nicht operieren können. Ich hatte überhaupt noch nie am offenen Thorax operiert. Fernando war knapp sieben Stunden auf den schmalen Pfaden durch die Berge von Chalatenango gegangen, um in unser Hospital im nördlichen Salvador zu gelangen. Die Nachricht hatte er von Lucio bekommen, einem unserer zuverlässigsten Boten. Lucio war elf Jahre alt. Ein Kindersoldat. Die Soldaten des Regimes hatten seine Eltern und seine Geschwister ermordet. Er hatte entkommen können und sich zu einer unserer Positionen in den Bergen durchgeschlagen. War kaum Kind mehr danach. Er wollte mithelfen.

Fernando und ich waren zusammen mit einer Helferin, die uns die Instrumente reichte, konzentriert einige Stunden bei der Arbeit gewesen. Ich weiß nicht mehr genau, wie lange es gedauert hatte. Anibal lag nun auf seinem Tapesco, einem Bettgestell aus Bambus. Die Operation war gut verlaufen. Wir hatten Hoffnung, dass Anibal es schaffen würde. – Er hat es geschafft.

Ich saß am Rande unseres Hospitals: Wenige notdürftig errichtete Hütten aus Bambus und Gras standen unter hohen Bäumen zum Schutz gegen Einblick aus der Luft. Das gelegentliche Stöhnen der Patienten, das zu mir drang, wurde meistens durch das Zirpen der Zikaden übertönt. Ich war mit dem Wachdienst an der Reihe, der nur zwei Stunden dauerte. Dann gab ich das Gewehr weiter. Die Kolleginnen und Kollegen waren überwiegend junge Frauen und Männer aus den Dörfern der Umgebung, die eine kurze, aber intensive Ausbildung in Krankenpflege bekommen hatten. Wir hielten den Wachdienst für wichtig. Immer bestand die Gefahr, dass kleine Kommandos der Regierungsarmee ein Hospital angriffen. Und wir konnten nicht sicher sein, dass unsere wechselnden Standorte nicht auch dem Regime bekannt waren. Schließlich handelte es sich nicht um reine Militärhospitäler, vielmehr standen sie der ganzen Bevölkerung offen, die über sonst keinerlei medizinische Versorgung verfügte. Es kamen sogar Menschen aus dem benachbarten Honduras, um sich hier behandeln zu lassen.

Ich hatte keine allzu große Angst vor einem Kommando-Überfall: Um das Hospital lag ein Minengürtel. In den Dörfern der Umgebung gab es Leute, die die Wege kannten, über die man zu uns gelangen konnte. Ich ging also auf meinem nächtlichen Posten davon aus, dass mich kein Regierungssoldat überraschen würde, sondern dass es erst einmal eine Minenexplosion gäbe, die uns alle warnen würde. Erlebt habe ich eine solche Situation nicht. Erlebt habe ich einige jener gezielten Mörsergranaten-Angriffe auf unsere Hospitäler. Die kamen aus weiter Entfernung. Doch ich weiß, dass ich mich, dass wir uns durch die Minen geschützt fühlten, besonders auch mit Blick auf unsere Patienten, die ja nicht fliehen und sich nicht wehren konnten.

### Von der Ampulle zum Projektil

Die Minen wurden überwiegend in unseren eigenen Werkstätten hergestellt. Wir waren alle daran beteiligt. Die Technikerinnen und Techniker der Waffenwerkstatt zogen öfter durch das von uns kontrollierte Gebiet und sammelten Material ein. Wir hatten zum Beispiel die Anweisung, die leeren Ampullen, die nach der Gabe von Injektionen übrig blieben, nicht wegzuworfen. Sie wurden zum Herstellen von Minen verwendet. Die selbst gebauten Minen waren kleine Holzkästen. Sie enthielten außer dem kleinen Sprengsatz irgendwelches anderes Material, das nach einer Explosion zum gefährlichen Projektil wurde. So auch die Glassplitter aus den zerbrochenen Ampullen. Wir wussten alle sehr genau, was wir da taten; denn es kam vor, dass Menschen diese Minen auslösten und dann als Patienten zu uns kamen. Ich habe noch manche dieser Glassplitter-Verletzten vor Augen: die Körper über und über gesprenkelt mit kleinen Verletzungen, aus denen Blut getreten war. Der Druck der Explosion schleuderte die Splitter durch die Haut und tief in das Gewebe hinein. Ich kenne keinen Fall, in dem eine solche Mine einen Menschen getötet hätte.

Die meisten der Verletzten waren aus der Umgebung, Leute vom Land, die sich nicht an die Warnungen und Informationen über die Verminung gehalten hatten oder diese nicht kannten. Gelegentlich war einmal einer unserer Guerilleros darunter, selten ein Soldat der Regierungsarmee. Alle wurden sie dann in unseren Hospitälern behandelt. Doch bei den Verletzungen durch Glassplitter gab es nicht viele Behandlungsmöglichkeiten. Wir hatten keine Röntgengeräte und selbst wenn wir sie gehabt hätten, wären sie gegen die Glassplitterminen nutzlos gewesen. Das Glas ist nicht röntgendicht und im Gewebe nicht zu finden. Und selbstverständlich hat es auch keinen Sinn, das Gewebe nach Glassplittern zu durchsuchen.

Jahre später habe ich in Angola an der Ausbildung für Minenaufklärerinnen und -aufklärer mitgewirkt, habe mich als Vertreter von medico international für das Verbot der Landminen eingesetzt. Die Organisation begründete 1991 gemeinsam mit der Vietnam Veterans of America Foundation (VVAFA) diesbezüglich eine Internationale Kampagne zum Verbot von Landminen. Als diese 1997 den Friedensnobelpreis erhielt, haben wir in Luena im Osten von Angola zusammen mit den Entminern und Minenaufklärerinnen und -aufklärern gefeiert, weil wir der Meinung waren, dass ein Teil davon auch uns zukam. Unter den Ausbildern unserer britischen Partnerorganisation Mines Advisory Group (MAG) in Luena, die ebenfalls an der Kampagne beteiligt war, waren damals auch Männer, die früher im Auftrag der britischen Königin Minen gelegt hatten. Und medico international gehörte vorher zu den Organisationen, die unter anderem die Befreiungsbewegung in El Salvador unterstützten, wissend, dass dort auch Minen eingesetzt wurden.

### Methoden des Feindes

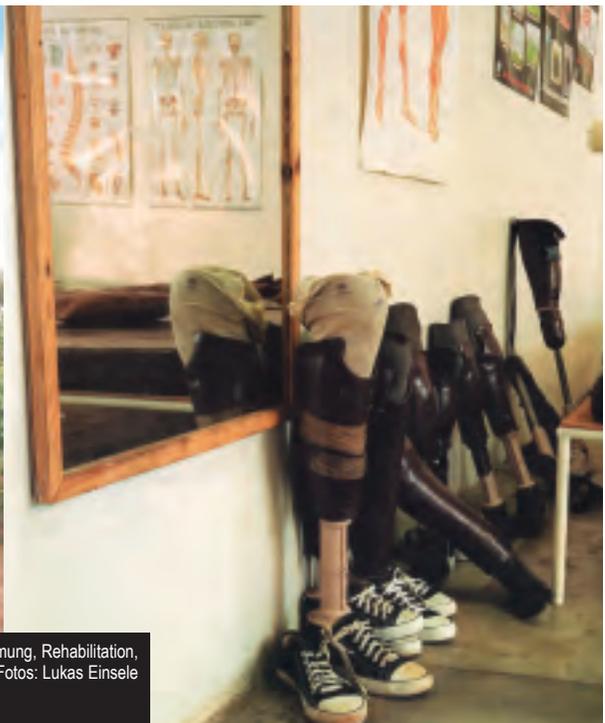
Der Befreiungskampf in El Salvador war wohl einer der letzten seines Typs. Zu diesen Befreiungskämpfen gehörten in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts die Kämpfe um die Entkolonialisierung afrikanischer Kolonien und einige andere in Amerika. Viele von uns haben damals zwischen gerechten und ungerechten Kriegen unterschieden. Wenige von uns haben die Gelegenheit gehabt oder sie genutzt, diese Haltung zur Gerechtigkeit in der Praxis jener Kämpfe zu überprüfen. Inzwischen wissen wir – und einige von uns wissen das auch aus eigener Anschauung –, dass aus keinem dieser Kämpfe eine Gesellschaft hervorgegangen ist, die den während der Kämpfe proklamierten Zielen entspräche. Es ist dennoch nicht angemessen, im Rückblick zu behaupten, es sei falsch gewesen, diese Kämpfe zu führen. Viele derjenigen, die mit den bewaffneten Kämpfen angefangen und bis heute überlebt haben, sagen auch jetzt noch, dass sie vor der Wahl standen, sich zu unterwerfen oder sich zu wehren. Sie empfanden sich durch die Kolonialregime oder andere repressive Regierungen in ihrer Würde verletzt und versuchten, sie durch den Widerstand wiederherzustellen. Jenen alten Kämpfern bereitete der Kampf keine Freude. Sie töteten nicht, auch nicht ihre Feinde, weil ihnen das Genugtuung bereitete, sondern weil sie darin den einzigen Weg

sahen, ihre eigene menschliche Würde und die ihrer Mitmenschen zu bewahren. Immer waren sie denen, gegen die sie sich erhoben, technisch zunächst unterlegen. Sie mussten daher erfinderisch sein. Dabei haben sie nur selten wirklich Neues entwickelt. Vielmehr haben sie sich oft die Methoden des Feindes angeeignet und diese gegen ihn gewandt. Dazu gehörten auch die Minen.

Ist die Mine etwas anderes in den Händen eines technisch schlecht ausgestatteten Kämpfers, der sich für die eigene Würde einsetzt, als in den Händen einer hochgerüsteten Armee zur Durchsetzung imperialer Interessen? Für das Kind, das auf die Mine tritt und sie auslöst, gibt es keinen Unterschied.

### Recht und Irrtum

Die Kriege, auch jene, die mit dem Ziel einer Befreiung begannen, haben sich in ihrem Verlauf von den ursprünglichen Motiven gelöst. Es wäre sonst kaum zu erklären, dass die Siege, die Befreiungskämpferinnen und -kämpfer vielerorts errungen haben, nicht gerechtere Gesellschaften hervorgebracht haben. Zu fragen ist also, an welcher Stelle und wie die Brüche entstanden, die vom Widerstand mit dem Ziel, die eigene Würde zu bewahren, wegführten. Meine Hypothese ist, dass zumindest zwei Elemente einen Beitrag zu diesen Brüchen geleistet haben: Die Führung wurde in den Kämpfen meistens schnell von Menschen übernommen, deren Motiv keineswegs die Verletzung der eigenen Würde und der Widerstand dagegen waren. Unter ihnen waren solche, die – durchaus mit hehren Absichten – Konzepte von Freiheit und einer bestimmten Art gesellschaftlicher Entwicklung über das Leben von Menschen stellten, die in Theorie und Praxis vertraten, dass es etwas gebe, für das es sich zu sterben lohne und für das es sogar erlaubt sei, nicht nur das eigene, sondern auch das Leben anderer Menschen einzusetzen. Das war etwas anderes als der Entschluss zum Widerstand gegen die würdelose Unterwerfung. Erinnern wir uns an Kants Äußerungen zur Würde in der Metaphysik der Sitten: „Was einen Preis hat, an dessen Stelle kann auch etwas anderes, als Äquivalent, gesetzt werden; was dagegen über allen Preis erhaben ist, mithin kein Äquivalent verstattet, das hat eine Würde.“ Ein lebendiger Mensch hat kein Äquivalent, kein gleichwertiges Anderes. Ein Menschenleben kann nicht der Preis für etwas anderes sein. Die praktische Verneinung dieser Erkenntnis war der fundamentale Irrtum der Befreiungskämpfe.



Luena (Angola) und Kabul, vlnr: Minenräumung, Rehabilitation, Wiedereingliederung. Fotos: Lukas Einsele

Das zweite Element bezieht sich auf den Zusammenhang von Inhalten und Methoden. Es hat sich gezeigt, dass es eine Illusion ist anzunehmen, mit den Methoden eines Feindes könne man grundsätzlich andere Verhältnisse herstellen als die, die der Feind vertritt. Wir haben uns im Zusammenhang der Achtundsechziger-Bewegung oftmals gegen Machthaber gewehrt, die uns – zum Beispiel in den Universitäten – sagten: Ich stimme mit Ihnen überein, aber nicht mit Ihren Methoden. Wir haben dem die Übereinstimmung von Inhalt und Methode entgegengehalten. Im Befreiungskampf wurde die Umkehrung dieses Satzes praktiziert. Es wurde gleichsam dem Feind gesagt: Wir verwenden Ihre Methoden, aber wir stimmen nicht mit Ihren Inhalten überein. Wir haben uns damit selbst widersprochen. Nun sind dies alles theoretische Überlegungen ex posteriori. Ich glaube, dass diese notwendig sind und dass wir eine Auseinandersetzung über diese Thematik brauchen. Jedoch werden auch sie unangemessen, wenn sie zu rigiden Richtlinien gerinnen. Bei Widerstand und Kampf, auch bei dem Entschluss dazu, handelt es sich um Prozesse, in denen Menschen jeweils Entscheidungen treffen und treffen müssen. In diesen Prozessen gibt es nicht einfach die richtigen und die falschen Entschlüsse. Oft gibt es – wenn man denn die Kategorien von „richtig“ und „falsch“ verwenden will – nur falsche Wege, weil alle vorhandenen Möglichkeiten einem Prinzip von Menschenwürde widersprechen. Ich werde mich, wenn immer ich kann, für die Ächtung der Minen einsetzen. Dennoch glaube ich, dass ich, säße ich heute wieder am Rande unseres Hospitals in Chalatenango, weiter die Minen um uns herum als Schutz für mich und die Patientinnen und Patienten betrachten würde.

Der gekürzte Beitrag ist dem Buch „One Step Beyond - Wiederbegegnung mit der Mine“ des Fotografen Lukas Einsele entnommen. Dieses Projekt einer künstlerischen Annäherung und Auseinandersetzung mit dem Thema Mine ist von medico international maßgeblich mitunterstützt worden. Das Buch ist gerade erschienen und für 29,80 Euro im Buchhandel erhältlich. Von jedem verkauften Exemplar gehen zwei Euro als Spende an medico international.

## Projektstichwort

Die medico-Minenaktionsprogramme umfassen mehr als Entminung. In Angola fördern wir unsere Partnerorganisation CAPDC bei ihren Bemühungen um psychosoziale Rehabilitation der traumatisierten Minenopfer. In Afghanistan ermöglichen wir die Minenaufklärung in Schulklassen (OMAR) und unterstützen die fast schon legendären beinamputierten Fahrradkuriere von Kabul unseres Partners AABRAR. Das Spendenstichwort lautet: Minenopfer.



# Langfristige Strategien

Stiftung medico

Zum ersten Mal seit der Gründung der Stiftung medico international tagten Mitte November Vorstand und Kuratorium der neuen Förderinstitution. Dem Kuratorium gehören unter anderem die Psychoanalytiker Margarete Mitscherlich-Nielsen, Paul Parin, der Architekt Diwi Dreysse und der Arzt Mathis Bromberger an. Das Treffen beschäftigte sich mit der Frage, worin die Aufgaben der Stiftung medico international bestehen. Das Stiftungskapital, darin war man sich einig, ist langfristig angelegt. Weil es der unmittelbaren Wirkung entzogen ist, entfaltet es seine Kraft erst auf Dauer, ermöglicht aber ein Engagement, für das ein langer Atem notwendig ist. Spenden dagegen greifen unmittelbar ein und zielen auf die

Finanzierung von dringend gebotenen Projektunterstützungen. Spenden und Stiftungseinlagen schließen sich nicht aus, sondern ergänzen einander. Die Förderpolitik der Stiftung wird sich mit strategischen Fragen befassen. Dazu könnten z.B. weitere Konferenzen gehören, die sich mit Alternativen zu den gegenwärtigen Weltverhältnissen befassen. Das Stiftungssymposium „Solidarität statt Hilfe?“ hat bereits einen Anfang in diesem Sinne unternommen. Die Förderung von gesellschaftlichen Alternativen und internationalen Netzwerken erschien so als sinnvolles Zusammengehen mit der Arbeit des Vereins medico international. Weitere Informationen zur Stiftung medico international finden Sie unter: [www.stiftung-medico.de](http://www.stiftung-medico.de) oder rufen Sie Gudrun Kortas an, Tel. (069) 944 38-28.

# Fragmentierte Gesundheit

Pressetermin

Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz in Ramallah (Westbank) stellten das palästinensische gesundheitspolitische Institut HDIP (Health, Development, Information and Policy Institute) und medico international Mitte September eine Untersuchung zu den Auswirkungen der Mauer und Sperranlagen auf die Gesundheitssituation in der Westbank vor. 425.000 Menschen, 20 Prozent der Gesamtbevölkerung in der Westbank, so die Autorin der Studie Joan Jubran, müssen eine zum Teil extrem eingeschränkte Gesundheitsversorgung in Kauf nehmen. Die Mauer, so Mustafa Barghouti, Direktor des Instituts, führe zu einer Zersplitterung des gesamten Gesundheitswesens. Die Studie, die von medico finanziert wurde, beschäftigt sich insbesondere mit der Gesundheitssituation in den 27 Enklaven, die von

der israelischen Armee durch Mauern, Zäune oder Autobahnen gänzlich von der Westbank abgeschnitten sind und komplett durch Israel kontrolliert werden. Während der Pressekonferenz entstand eine lebhafte Diskussion über die Rolle der internationalen Geber, der internationalen Nichtregierungsorganisationen und palästinensischer Gesundheitsorganisationen. Die Gefahr, dass die Gesundheitspolitik unter diesen Bedingungen über die internationalen Geber eher bestimmt wird als über palästinensische Einrichtungen, wurde mehrfach beschrieben. Die Studie war so Anlass für die Akteure, Wege zur Verständigung und Absprache über eine kohärente Gesundheitsstrategie zu debattieren. Im Schatten der „Sperranlagen“ ist das allerdings kaum zu realisieren.

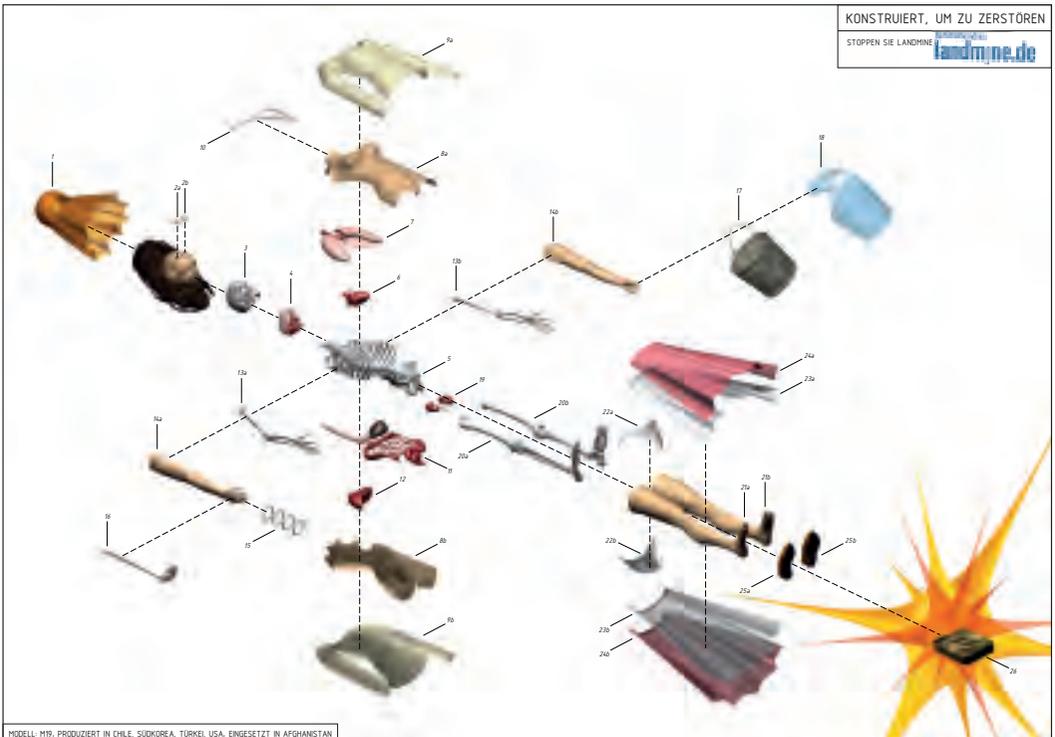
Die Studie finden Sie im Internet unter: [www.medico.de](http://www.medico.de)

# Südafrika - Sierra Leone

## Werkstattgespräch

Der südafrikanische Versöhnungsprozess, der zum internationalen Vorbild für viele andere Nachkriegsländer genommen wurde, droht an der ungleichen Behandlung von Tätern und Opfern zu scheitern. Den Opfern, so berichtete Duma Khumalo von unserem südafrikanischen Projektpartner Khulumani, würden nur Minimalbeträge ausgezahlt. Duma Khumalo debattierte in der medico-Zentrale mit John Caulker von der Truth- and Reconciliation Working-Group aus Sierra Leone über die Perspektiven eines dauerhaften Versöhnungsprozesses. In Sierra Leone droht eine ähnliche Entwicklung, dort gaben sich

nach Kriegsende 2002 einige Opfer als Täter aus, um in die Wiedereingliederungsprogramme aufgenommen zu werden. Einig waren sich beide medico-Partner darin, dass Wahrheitskommissionen die jeweilige Situation im Land auch wirklich berücksichtigen müssen. Sonst drohen sie zu einem Instrument zu verkommen, das Versöhnung um jeden Preis einfordert. Die Nutznießer von Krieg und Gewalt, in den meisten Fällen europäische Firmen und Banken, sollen zur Verantwortung gezogen werden und sich an der Zahlung von Entschädigungen beteiligen. Das Gesprächsprotokoll des Werkstattgesprächs kann bei Anne Jung ([jung@medico.de](mailto:jung@medico.de)) bestellt werden.



Das Bild des Menschen als Explosionszeichnung. Geplante Anti-Minen-Anzeige des von medico mitgetragenen Aktionsbündnis Landmine.de (Gestaltung: Scholz & Friends).

medico sucht Minenräumer: Wenn Sie an unserer aktuellen Spendenaktion „600 x Bewegung schaffen - Räumt die Mine“ zugunsten des Minenopfer-Fonds von medico teilnehmen wollen, dann besuchen Sie das von dem Konzeptkünstler Peter Zizka entworfene virtuelle Minenfeld unter [www.medico.de](http://www.medico.de). Ein Mausclick genügt. Oder Sie rufen uns einfach an, Tel. (069) 944 38-0.

**Adressänderung** Bitte geben Sie bei Änderungen Ihrer Anschrift auch Ihre alte Adresse und/oder die Spendernummer an. So ermöglichen Sie es uns, Sie zu „finden“, und helfen zugleich mit, Verwaltungskosten zu sparen.

**Einmalige Spende** Wenn Sie uns eine Spende überweisen und Sie dafür das dem Rundschreiben beiliegende Zahlungsformular verwenden, reicht zur Einreichung bei den Finanzämtern bis einschließlich 100 € in der Regel der Einzahlungsabschnitt und eine Kopie des entsprechenden Kontoauszuges. Für höhere Spenden oder für Spenden, die nicht mit der medico-Zahlkarte überwiesen werden (z.B. durch Electronic Banking), schicken wir Ihnen gerne eine Spendenbescheinigung zu. Dafür bitten wir Sie, im Verwendungszweck Ihren Namen und die vollständige Adresse sowie, falls bekannt, Ihre Spendernummer anzugeben.

**Fördermitgliedschaft** Die Fördermitgliedschaft bei medico sieht keine Projektbindung vor. Vielmehr unterstützen Sie damit unsere gesamte Projekt- und unsere unabhängige Öffentlichkeitsarbeit. Die regelmäßigen Beiträge unserer Fördermitglieder ermöglichen es uns, langfristige und verbindliche Projektkooperationen einzugehen, aber auch flexibel zu reagieren, wenn akute Hilfe notwendig ist. Der jährliche Förderbeitrag liegt bei mindestens 120 €. Das wäre z.B. der relativ kleine Betrag von 10 € monatlich. Für Leute mit wenig Geld (Auszubildende, Erwerbslose, Studierende) beträgt der jährliche Förderbeitrag 60 €. Für alle regelmäßigen Spenden (Fördermitgliedsbeiträge, Einzugsermächtigungen und Daueraufträge) schicken wir Ihnen jeweils im Januar des darauffolgenden Jahres eine Sammelbestätigung zu, auf der alle Spenden des Jahres aufgeführt sind.

Spendenquittungstelefon: Tel. (069) 944 38-11,  
Fax: (069) 944 38-15 oder E-Mail: [info@medico.de](mailto:info@medico.de)

Bankverbindung: medico international, Spendenkonto  
1800, Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01

Vielen Dank, dass Sie unsere Arbeit mit einer Spende unterstützen! medico international ist gemeinnützig und Ihre Spende ist steuerlich absetzbar.

# materialliste

Liebe Leserinnen und Leser, wir möchten Ihnen eine Auswahl unseres Materials vorstellen, das Sie – auch in größeren Mengen – bei uns bestellen können. Zum Nachlesen und Weiterverteilen, für die Schule, zum Auslegen im Laden nebenan. Für Nachfragen stehen

## medico im Überblick



Jahresbericht 2004

(28 S.) mit Gesamtüberblick über Projekte / Projektländer, Arbeitsfelder, Grundsätze, Finanzbericht, Organisationsstruktur.



Broschüre stiftung medico international

(12 S.) Übersicht über Ziele, Satzung, Struktur und steuerliche Aspekte der stiftung medico international, die Ende 2004 gegründet wurde.

## medico Rundschreiben

Nummer 02 | 05: Schwerpunkt: Brasilien, Libanon  
Nummer 03 | 05: Schwerpunkt: altern. Weltgesundheitsreport

## Kampagnen

Zu allen Kampagnen gibt es eine vielfältige Auswahl von Materialien. Filme, Postkarten, Ausstellungen. Interessiert? Rufen Sie uns an unter: (069) 944 38-27 (Anne Jung). Hier ein Beispiel:



Der Stoff aus dem Kriege sind. Rohstoffe und Konflikte in Afrika

(28 S.) Wer finanziert Bürgerkriege und wie funktionieren die internationalen Netzwerke der Rohstoffausbeutung? Wie es sich damit verhält und was man dagegen tun kann. Auch für Jugendliche gut geeignet.

wir Ihnen unter der Tel. (069) 944 38-0 gerne zur Verfügung. Die vollständige Material- und Publikationsliste können Sie bei uns anfordern oder auf unserer Homepage einsehen.

Hinweis: Unsere Materialien sind kostenlos, es sei denn, ein Preis ist vermerkt.

## Reports



Im Inneren der Globalisierung

Psychosoziale Arbeit in  
Gewaltkontexten

(230 S.) Der medico-Report  
26 reflektiert Konzepte und  
Praxis psychosozialer Arbeit in  
Gewaltkontexten und die  
unterschiedlichen Dimensio-

nen von Täter- und Opferrealitäten in Zeiten der  
Globalisierung. 12 €.

Eine Liste aller Reports schicken wir Ihnen gerne zu.

## Projekte



Partnerschaften für eine  
sichere Welt

(6 S.) Die medico-Hilfe in  
Israel/Palästina, Guatemala,  
Indien, Sierra Leone, Afgha-  
nistan.



**NEU** Guatemala: Nach dem  
Wirbelsturm

Mit Ihrer Hilfe die Hilfe ent-  
behrlich machen

Faltblatt über die Wirkung des  
Hurrikan „Stan“ und die  
Wiederaufbaumühnungen  
unseres Partners ACCSS

(Koordination für gemeindenahе Gesundheitsdienste)

Wir informieren Sie gerne über alle Projekte, die wir in Afrika, Lateinamerika, Südasiеn und im Nahen Osten unterstützen. Die Liste können Sie telefonisch bestellen oder unter [www.medico.de](http://www.medico.de) nachlesen.

## Ich bestelle:

- Jahresbericht 2004
- medico Rundschreiben 02 | 05
- medico Rundschreiben 03 | 05
- Broschüre stiftung medico international
- Rohstoffe und Konflikte in Afrika
- Report 26 - Im Inneren der Globalisierung (12 €)
- Faltblatt - Partnerschaften für eine sichere Welt
- Faltblatt - Guatemala: Nach dem Hurrikan

Name:

Straße:

Ort:

Meine Spendernummer:

## Ich möchte

- kostenlose Materialien bestellen
- ggn. Rechnung (zzgl. 2 € Versandkosten) bezahlen
- dass der Rechnungsbetrag einmalig für diese  
Bestellung von meinem Bankkonto abgebucht wird

Kontonummer:

bei der Bank:

BLZ:

Datum:

Unterschrift:

Bitte einsenden an:



medico international e.V.  
Burgstraße 106  
D-60389 Frankfurt am Main  
oder faxen an: (069) 436002

„Es fällt nicht leicht, die Augen zu öffnen, hinzuschauen und sich mit dem auseinanderzusetzen, was man lieber ignorieren oder als Fatalität, als ‚unsagbare Katastrophe‘ beklagen würde, indem man es mit mehr oder weniger ruhigem Gewissen den humanitären Hilfsorganisationen überlässt.“

Catherine David

Verlag Hatje/Cantz, ISBN: 3-7757-1604-1

## ■ Lukas Einsele „One Step Beyond - Wiederbegegnung mit der Mine“

Hrsg: Catherine David, Witte de With, Center for Contemporary Art, Rotterdam.

Mit Beiträgen von: Sherko Fatah, Jonathan Kaplan,  
Pedro Rosa Mendes, Ralf Syring, Thomas Gebauer u.a.



medico international  
Burgstraße 106  
D-60389 Frankfurt am Main  
Tel. (069) 944 38-0  
Fax (069) 436002  
www.medico.de